

Internet-Blog

kreuz-und-quer.de

Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung

herausgegeben von

*Prof. Dr. Thomas Sternber (Sprecher), Dieter Althaus, Alois Glück,
Dr. Friedrich Kronenberg, Dr. Hermann Kues, Prof. Dr. Norbert Lammert,
Hildigund Neubert, Dr. Hans-Gert Pöttering, Thomas Rachel MdB,
Prof. Dr. Annette Schavan, Christian Schmidt MdB, Dr. Erwin Teufel, Prof. Dr. Bernhard Vogel*

Die Artikel im 2. Quartal 2018

2 / 2018

Die Autoren:

Jörg Alt, Stephan Eisel, Stefan Jürgens,
Volker Kregel, Norbert Lammert,
Martin Löwenstein, Elisabeth Mertes,
Klaus Mertes, Ruprecht Polenz,
Hans-Gert Pöttering, Klaus Prömpers,
Behnam T. Said, Dorothea Sattler

Das Selbstverständnis

Christen, engagiert in Kirche, Staat und Gesellschaft, denen die politische Gestaltung unserer Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung ein besonderes Anliegen ist, haben sich im September 2012 zu der Internet-Initiative www.kreuz-und-quer.de zusammengefunden. Der Kreis fühlt sich dem Ziel verpflichtet, lokal und global, im Staat und in der Staatengemeinschaft, für eine politische Ordnung einzutreten, in der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht werden können.

Die Initiative will in Staat und Gesellschaft das politische Engagement der Christen stärken und unsere Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung – orientiert am christlichen Menschenbild – politisch mitgestalten. Die Initiative will beim Dialog zwischen Kirche und Welt mitwirken, damit die Kirche als „Sauerteig“ (Mt 13,33), als „Salz der Erde“ (Mt 5,13), als „Samenkorn“ (Mt 13,24), als „Licht der Welt“ (Mt 5,14) in der Mitte der Welt gegenwärtig ist.

Die Initiative will einen Beitrag dazu leisten, dass zu wichtigen politischen Fragen christlicher Weltverantwortung öffentliche Meinung gebildet wird. Diese öffentliche Meinungsbildung soll die erforderliche Willensbildung in Staat, Gesellschaft und Kirche unterstützen.

In dieser Dokumentation sind die Artikel zusammengefasst, die von Januar – März 2014 auf dem Internet-Blog kreuz-und-quer.de veröffentlicht wurden. Dieses Internet- Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung wurde am 5. September 2012 freigeschaltet. Einmal wöchentlich wird dort ein neuer Artikel zur Diskussion gestellt. Die Kommentare der Leser zu den Artikeln und die Antworten der Autoren finden Sie auf www.kreuz-und-quer.de

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

**Redaktion:
Stephan Eisel (Sprecher), Karlies Abmeier,
Klaus Mertes, Ulrich Ruh
stephan.eisel@kreuz-und-quer.de**

Inhaltsverzeichnis

Benahm T. Said, Islamismus im Internet.....	Seite 04
Elisabeth Mertes, Religionsunterricht heute.....	Seite 07
Martin Löwenstein, Kirchliche Privatschulen sind nicht teuer, sondern anders.....	Seite 09
Hans-Gert Pöttering, Europas Tagesordnung der Zukunft.....	Seite 11
Klaus Mertes, Wider die Banalisierung des Kreuzes.....	Seite 13
Jörg Alt, Steuergerechtigkeit und Armut.....	Seite 16
Dorothea Sattler, Auch Frauen in sakralen Dienstämtern.....	Seite 18
Stephan Eisel, Christliches Menschenbild.....	Seite 20
Klaus Prömpers, Deutschland im UN-Sicherheitsrat.....	Seite 22
Stefan Jürgens, Priestersein heute.....	Seite 24
Ruprecht Polenz, Gedanken zum „historischen“ Trump/Kim-Gipfel.....	Seite 27
Norbert Lammert, Religion und säkulare Gesellschaft.....	Seite 29
Volker Kregel, Verbraucherschutz als Zukunftsaufgabe.....	Seite 31

9. April 2018

Behnam T. Said

Islamismus im Internet

Islamismus und neue Medien

Islamismus als soziale Bewegung, immer auch schon mit militanten Tendenzen, trat insbesondere in den 1960er und 1970er Jahren in Syrien und Ägypten, aber auch in Jordanien und im Irak, auf. Nachdem viele Islamisten in ihren Ländern verfolgt wurden, gingen sie ins Exil, insbesondere an den Arabischen Golf, wo sie nicht nur Arbeit fanden sondern auch auf ein konservatives Milieu stießen, das vom saudischen Wahhabismus geprägt, in welchem sie schnell Akzeptanz fanden. Schon früh entdeckten Islamisten die Wirkungsmacht von Kultur in Verbindung mit Medien für sich. Sie dichteten und sangen revolutionär-islamische Lieder und verbreiteten diese über Kassetten an ihre Anhänger, so dass traditionelle Salafisten, wie etwa Nasir al-Din al-Albani, besorgt darüber waren, dass die Jugend vom Studium des Korans und der Sunna abgelenkt werden könnten, weil sie ihre Zeit mit dem Hören der Lieder und dem Lernen ihrer Texte verbrachten.

Über Kassetten wurden ab den 1970er und 1980er Jahren aber auch religiöse Predigten verbreitet, so dass die ersten religiösen Superstars, wie etwa Abd al-Hamid Kishk in Ägypten. In Saudi-Arabien zirkulierten Kassetten mit flammenden Reden der so genannten „Shaikhs des islamischen Wiedererwachens“, die eine Rückbesinnung auf die Religion forderten und ab der Stationierung von US-Truppen in Saudi-Arabien 1990 eine vernehmbare religiöse Opposition zum Königshaus bildeten.

Aus Afghanistan erreichten die Predigten Abdullah Azzams sowie erste Aufnahmen von den Schlachtfeldern, auf denen auch Usama Bin Ladin zu sehen war, ein weltweites Publikum, vom Golf über die Levante bis hin in die USA. Die Aufnahmen waren für viele junge Männer damals, etwa den späteren Gründer al-Qaidas im Irak Abu Mus'ab al-Zarqawi, ausschlaggebend für ihre Radikalisierung, und ihren Entschluss, sich am Jihad in Afghanistan zu beteiligen.

In den 1990er Jahren wurden dann Videos von den Kriegen in Bosnien und in Tschetschenien von jihadistischen Gruppen verbreitet, um so Anhänger zu gewinnen und zu mobilisieren. Bin Ladin nutzte unterdessen intensiv das neue Medium des Faxgerätes, um seine Botschaften an verschiedene Zeitungen zu bringen. Später, als er und seine Organisation bekannter wurden, würde er Videokassetten an ausgewählte Journalisten und Sender verteilen. An Mullah Omar, den Führer der Taliban damals, schrieb Bin Ladin, über die Bedeutung des medialen Krieges, was 90% der Vorbereitungen für die tatsächliche Schlacht ausmachen könne.

Ende der 1990er Jahre entstanden dann die ersten jihadistischen Internetseiten, was sich zu Beginn der 2000er fortsetzen würde. Doch erst nach der Invasion des Iraks durch die USA im März 2003 erlebte das jihadistische Internet einen regelrechten Boom. Massenhaft fluteten nun Videos der Kämpfer aus dem Irak die globalen Bildschirme und riefen zur Unterstützung des Jihads auf.

Wichtige al-Qaida-Foren entstanden mit dem Web 2.0., welches die aktive Beteiligung der Nutzer ermöglichte, die damit nicht ausschließlich zum passiven Konsum gezwungen waren. Doch die administrativen Rechte hatten die Betreiber der Seiten, wodurch eine gewisse Kontrolle möglich war. Dies würde sich mit dem Aufkommen von Facebook, Twitter und anderen sozialen Medien

ändern. Hier war es nun jedem Sympathisanten möglich, seinen eigenen Medien-Jihad zu betreiben und auch die Hierarchien verflachten durch die sozialen Netzwerke, in denen Gleiche mit Gleichen kommunizierten. Auch dies war eine Bedingung dafür, dass die jungen Wilden in den Reihen der Jihadisten das Projekt des Islamischen Staates im Irak und Syrien vorantreiben konnten.

Die Nutzung moderner Medien ist also kein Phänomen der Moderne, sondern Islamisten und insbesondere Jihadisten haben schon immer eine große Affinität zu ihrer Nutzung aufgewiesen.

Die Nutzung des Internets heute und die Gegenmaßnahmen der Provider

Wenn über „das Internet“ gesprochen wird, so sollte klar sein, dass damit prinzipiell zwei Dimensionen gemeint sind: Die Verbreitung von Propaganda und der Konsum von dieser einerseits und die Kommunikation mit anderen Personen andererseits.

Was die Nutzung des Internets zu Zwecken der Propaganda angeht, so hat der „Islamische Staat“ (IS) in seinen Hochjahren 2013-2014 hier sicher neue Maßstäbe gesetzt. Keine andere jihadistische Gruppe hatte je zuvor eine derart orchestrierte und umfassende Medienkampagne durchgeführt, wie der IS dies tat. Die hochwertigen Videos, Bilder und Zeitschriften wurden zwar zentral produziert, jedoch über diverse Kanäle des Internets dezentral verbreitet. Hierzu wurden sämtliche zur Verfügung stehenden soziale Netzwerke genutzt, zum einen von IS-Medieneinheiten selbst, aber auch von „freischaffenden“ Unterstützern, die somit Teil eines IS-Schwarms im Internet wurden, welche Twitter, Facebook, AskFM, Youtube und viele andere Plattformen des Webs kaperten. Die thematische Breite der Veröffentlichungen des IS war dabei besonders beachtlich: Neben den Schilderungen des Kriegsgeschehens zeigte der IS blühende Landschaften aus seinen Gebieten, Alltagsszenen, die Normalität des Lebens dokumentieren sollten, brutale Hinrichtungen und Bestrafungen, die auf Bürger, Gegner und Spione abschreckend wirken sollten sowie Sitzungen mit Stammesältesten, was zur Akzeptanz des IS in den jeweiligen Gebieten beitragen sollte.

Vor der Ausrufung des so genannten Kalifats am 29. Juni 2014 konnte der IS seine Propaganda recht ungestört und frei über die Web-Kanäle verbreiten. Dies änderte sich jedoch schon recht bald, nachdem die USA im September 2014 eine internationale anti-IS-Koalition ins Leben rief, die einerseits militärisch ausgerichtet war, andererseits aber auch versuchte, die Medienstrategie des IS zu stoppen. Anbieter der sozialen Medien wurden in die Pflicht genommen und schon ab 2015 ebte die Flut der Veröffentlichungen und der dem IS zuzuordnenden Kanäle dramatisch ab.¹ Bereits im Februar 2016 hatte Twitter beispielsweise mehr als 125.000 Accounts gesperrt.² Im November 2017 war dann erstmals ein 24 stündiger Stopp jeglicher medialer Aktivitäten des IS zu verzeichnen.³

Erstmals in der Geschichte des Internets hatten verschiedene Anbieter gezielt Inhalte und Accounts, die einer bestimmten Gruppe zuzuordnen waren, gezielt und umfassend gesperrt und ihre Macht gegenüber den Nutzern bewiesen.

Radikalisierung über das Internet?

Immer wieder liest man, dass Personen sich über das Internet radikalisiert hätten. Was ist damit gemeint und wie oft kommt dieses Phänomen vor?

¹<http://icsr.info/2017/03/icsr-insight-isis-propaganda-decline/>

²<http://www.independent.co.uk/life-style/gadgets-and-tech/news/125000-isis-linked-accounts-suspended-by-twitter-a6857371.html>

³<https://www.timesofisrael.com/in-unprecedented-hiatus-islamic-state-media-offline-for-a-day/>

Wie bereits oben beschrieben, trugen Videos von Kampfschauplätzen, Ansprachen von Agitatoren und Magazine der Jihadisten schon ab den 1980er Jahren zur Radikalisierung von Personen bei. Das Internet heute ist insofern lediglich ein Träger für Propagandaprodukte, weshalb die Frage eigentlich korrekterweise lauten müsste, inwiefern diese Art von Veröffentlichungen zur Radikalisierung beitragen. Mittels der Propaganda versuchen Jihadisten andere von ihren Ideen zu überzeugen. Dazu nutzen sie die Distributionsmöglichkeiten, die das Internet ihnen bietet.

In der Tat bietet das Internet in seiner einzigartigen Kombination aus passivem Konsum und aktiver Teilnahme, etwa durch Chats, ein Umfeld für junge Menschen, das ihnen das vollständige Abtauchen in eine so genannte „Filterblase“ ermöglicht. Diese entstehen, weil dem User aufgrund von Algorithmen vorhergesagt oder nahegelegt wird, für welche Angebote und Themen er sich aufgrund vorherigen Verhaltens noch interessieren könnte. So kommt es etwa, dass jemand, der auf ein jihadistisches Lied bei Youtube stößt, ähnliche Lieder und bald auch schon andere Videos als Vorschlag erhält. Er kann sich dann stundenlang durch diese Welt bewegen und es wird immer wieder etwas Neues zu sehen und zu hören sein. Diese algorithmische Funktion des Internets war es, die wirklich revolutionär und neu war.

Wer auf der Suche nach extremistischer Propaganda war, brauchte mit dem Aufkommen dieses Services der Online-Anbieter nun nicht mehr wie in früheren Zeiten konspirative Szenebücherläden, Lesezirkel oder Veranstaltungen aufzusuchen, sondern konnte sich im Wohn- oder Jugendzimmer selbst und am eigenen Bedürfnis orientiert seine Produkte zusammenstellen. Es handelt sich also hierbei um eine aktive Vorgehensweise, was der These von der „Gehirnwäsche“ oder der „Rekrutierung“ widerspricht, denn Radikalisierte sind zumeist von sich aus auf der Suche, etwa nach ideologischen Schriften, aber auch nach konkreten Anleitungen, etwa für die Ausreise in ein Kampfgebiet oder zum Bau einer Bombe.

Das Internet hat lediglich das Auffinden erleichtert. Aber ebenso die Kommunikation mit Gleichgesinnten. Über Foren, Hashtags und Gruppen war es bislang recht einfach, mit ähnlich Denkenden in Kontakt zu kommen und über Szeneaktivitäten zu erfahren, etwa wann und wo ein Seminar stattfindet. In den 1990er Jahren benutzte die Rechtsextreme Szene hierfür noch das so genannte „Infotelefon“, Anrufbeantworter über die entsprechende Ansagen transportiert wurden. Auch erleichtert das Internet den Grad der Geheimhaltung in der Kommunikation zu bestimmen, je nachdem, ob Informationen allgemein zugänglich oder nur einem geschlossenen Kreis vorbehalten sein sollen.

Es gibt aber nur erstaunlich wenige Fälle, in denen sich Personen ausschließlich über das Internet radikalisierten. Auch wenn in Medien häufig hierüber berichtet wird, so stellt sich meistens später heraus, dass nicht ausschließlich virtuelle Kontakte sondern auch tatsächliche Kontakte in der offline-Welt vorhanden waren und dass Personen in physisch existierende Netzwerke eingebunden waren, denn soziale Dynamik scheint weiterhin ein wichtiges Element für die Radikalisierung zu bleiben.

Dr. Behnam T. Said (1982) studierte Islamwissenschaft, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte sowie Politikwissenschaft und promovierte 2014 mit einer Arbeit zum Thema "Hymnen des Jihads. Naschids im Kontext jihadistischer Mobilisierung". Er ist Mitherausgeber des Sammelbands „Salafismus – Auf der Suche nach dem wahren Islam“ (Herder, 2014) sowie Autor von „IS-Miliz, al-Qaida und die deutschen Brigaden“ (C.H. Beck, 2014). Von 2008 bis 2018 hat er als wissenschaftlicher Referent beim Landesamt für Verfassungsschutz in Hamburg gearbeitet. Seit Februar 2018 leitet er für die Hamburger Justizbehörde die Referatsgruppe „Resozialisierung“, in die auch der Zuständigkeitsbereich für Extremismusprävention in Haftanstalten fällt.

16. April 2018

Elisabeth Mertes

Religionsunterricht heute

Der Religionsunterricht meiner Schulzeit war geprägt von der Trias aus katholischer Lehre, katholischer Lehrkraft und katholischer Lerngruppe. Die viel weitere Perspektive, die ich heute in meinem Studium der katholischen Religion für das Lehramt am Gymnasium erhalte, erstaunt und überzeugt mich gleichermaßen. Wir diskutieren in den religionspädagogischen Lehrveranstaltungen intensiv die verschiedenen Konzepte von konfessionellem, konfessionell-kooperativem, ökumenischem und im Ansatz auch interreligiösem Religionsunterricht. Und das ist auch richtig: Der soziodemographische Wandel in Deutschland, gepaart mit dem Rückgang von Taufen in der evangelischen und katholischen Kirche, erzwingen ein Umdenken: Man kann nicht mehr davon ausgehen, dass sich in Zukunft ein schulorganisatorisch vertretbarer konfessioneller Religionsunterricht anbieten lässt.

Ich denke, dass grundsätzlich Bedeutung und Nutzen eines konfessionellen Lernens sorgfältig begründet werden müssen, wenn man verhindern möchte, dass in den nächsten Jahrzehnten der Status des Religionsunterrichts als „ordentliches Lehrfach“ an öffentlichen Schulen (Artikel 7 Absatz 3 Grundgesetz) unhaltbar wird.

Dazu gehört auch, dass (zukünftige) Lehrerinnen und Lehrer fähig sind, einen Diskurs in ihrer Schulgemeinde zu führen, um das konfessionelle Lernen gegenüber Fächern wie Ethik und Philosophie attraktiv darzustellen. Was sind die Stärken und das Alleinstellungsmerkmal eines konfessionellen Religionsunterrichts? Vor allem beansprucht er für sich, Schülerinnen und Schüler nicht nur in einer Beobachter-, sondern vor allem aus einer Teilnehmerperspektive anzusprechen. In dieser Teilnehmerperspektive wird zugleich verlangt, „die eigene Perspektive als begrenzte“⁴ zu erkennen, aus der Perspektive anderer sehen zu lernen und neue Perspektiven dazuzugewinnen“⁴.

Die Fähigkeit zur Perspektivübernahme ist Voraussetzung für religiöse Dialog- und Urteilsfähigkeit. Diese Kompetenzen werden über „die Vermittlung von Grundwissen über den christlichen Glauben und andere Religionen sowie die reflexive Erschließung von Formen gelebten Glaubens“⁵ erlangt. Und darin sehe ich ein sehr starkes Argument für konfessionelles Lernen: In einer Welt, in der sich – vereinfacht und zugespitzt formuliert – die eine Hälfte der Welt von Religion als Mittelpunkt ihres Lebens abwendet, die andere hingegen sich radikalisiert, ist es umso wichtiger, sich selbst als Individuum zu positionieren, mit Andersdenkenden in einen Dialog zu treten und dies auf der Grundlage von Kenntnissen über deren Standort.

Für mich ist aber noch ein weiterer Aspekt im Religionsunterricht wichtig. Es sollte in der Schule einen Ort geben, an dem Schülerinnen und Schüler Identitätsfragen und damit auch Fragen nach der eigenen Religion und nach Gott stellen dürfen. Besonders Schülerinnen und Schüler, die zu Hause nicht die Möglichkeit haben, solche existenziellen Sinnfragen zu stellen, sollten die Chance erhalten, dies in der Schule zu tun. Wenn Bildung der Persönlichkeit Ziel von Lernen ist, kann Religionsunterricht damit werben, dass in seinem Unterricht die Bedeutung des Subjekts betont und so die Freiheit des Einzelnen in besonderer Weise anerkannt wird.

⁴ DBK, RU vor neuen Herausforderungen, 2005; https://www.dbk-shop.de/media/files_public/yrujicnns/DBK_1180.pdf

⁵ DBK, Die Zukunft des konfessionellen RU, 2016; https://www.dbk-shop.de/media/files_public/wvllfyxs/DBK_11103.pdf

All diese Überlegungen und Feststellungen führen mich zu der Überzeugung, dass ein konfessioneller Religionsunterricht sehr gut als ein kooperativ-konfessioneller Religionsunterricht durchgeführt und als dessen Weiterentwicklung verstanden werden kann. Anders als ein ökumenischer Religionsunterricht, (der in einer konfessionsüberschreitenden christlichen Unterweisung besteht), will das Konzept des konfessionell-kooperativen Unterrichts die Spezifika der Konfessionen nicht nivellieren, sondern sie aufzeigen und diskutieren. In der Praxis bedeutet dies, dass eine Lerngruppe, bestehend aus evangelischen und katholischen Schülerinnen und Schülern, jeweils eine Hälfte des Schuljahres von der evangelischen und der katholischen Lehrkraft unterrichtet wird. Das Prinzip der Gastfreundschaft für alle Schülerinnen und Schüler gilt weiter. Auch diese Unterrichtsform bietet den Teilnehmern die Möglichkeit, sich zu positionieren. Die Dialogfähigkeit wird in einem solchen Unterricht geradezu vorausgesetzt – aber auch gefördert.

Wo eine gemischt-konfessionelle Lerngruppe unterrichtet wird, ist es umso bedeutsamer, dass die Lehrkraft ihre eigene Kirche vertreten und sich selbst dazu positionieren kann. Es ist also notwendig, dass die Ausbildung der Religionslehrerinnen und -lehrer diesbezüglich ausgerichtet wird. In der praktischen Schularbeit denke ich, dass es nur von Nutzen sein kann, wenn evangelische und katholische Lehrkräfte miteinander arbeiten und in Kontakt stehen. Von katholischer Seite her muss immer berücksichtigt werden, dass „die Sorge um die Wiederherstellung der Einheit Sache der ganzen Kirche ist“ (UR 2,5).

Kann ein Dialog mit anderen Christen, der bereits in der Schule stattfindet, nicht ausdrücklich gewünscht werden? Ohne auf die didaktischen Fragen zum konfessionell-kooperativen Religionsunterricht näher einzugehen – das heißt, den Lerngegenstand zu thematisieren – möchte ich abschließend dafür werben, den Religionsunterricht so zu öffnen, dass Schülerinnen und Schüler grundsätzlich einen Ort finden, an dem sie mit einem Ansprechpartner über ihre Identität, vor allem aber auch über ihre religiöse Identität sprechen können. Für die Kirche ist dies meiner Ansicht nach eine einmalige Chance, Jugendlichen zu begegnen und mit ihnen (ohne missionarische Absicht) über Gott zu sprechen. In einer religiös zunehmend pluralistischen Gesellschaft ist es sinnvoll, dass Schülerinnen und Schüler sich religiös bilden dürfen und gesprächsfähig für einen religiösen Dialog werden, weil sie sich selbst positionieren und als freie Subjekte begreifen können.

Elisabeth Mertes M.A. (1984) studiert nach einem Hochschulabschluss in Theaterwissenschaft nun Deutsch und katholische Religion fürs Lehramt Gymnasium am katholisch-theologischen Seminar der Philipps Universität Marburg.

23. April 2018

P. Martin Löwenstein SJ

Kirchliche Privatschulen sind nicht teurer, sondern anders

Wenn man in Deutschland das Wort „Privatschule“ in den Mund nimmt, denkt man an teure Schulen. Das hängt u.a. auch damit zusammen, dass „Privatschulen“ zusätzlich zu den je nach Ländern variierenden staatlichen Zuschüssen einen Eigenanteil für den Schulbetrieb erbringen müssen, den sie über Schulgeld hereinholen.

Zuletzt gab es zwei Aufreger, die das Thema der Privatschulen aus diesem Grunde neu und fundamental-kritisch auf die Tagesordnung setzten: Zum einen die Studie des Berliner Wissenschaftszentrum (WZB), die behauptete herausgefunden zu haben, dass staatliche Stellen grundgesetzwidrig zuließen, dass Privatschulen gegen das sogenannte Sonderungsverbot des Grundgesetzes verstoßen – mehr oder weniger schlicht auf Grund der Tatsache, dass sie Schulgeld erheben. Die WZB-Forscher zeigten auch ganz konkret mit dem Finger auf Schulen, die ihrer Meinung nach aus diesem Grund sofort geschlossen werden müssten. Dass sie dabei sogar Schulen nannten, bei denen nachweislich gar kein Schulgeld verlangt wird, fiel den Autoren der Studie gar nicht auf. Sie hatten Internatskosten mit Schulkosten verwechselt.

Ein zweiter Aufreger war die Meldung über Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD), die ihre Kinder an eine „privaten Schule“ schickt. Die Rede war von einem „fatalen Zeichen“, die TAZ beschrieb sogar Schwesig als „Patin“ der Schule, so als ließe der Privatschule-Besuch von Politiker-Kindern auf mafiöse Strukturen und Netzwerke rückschließen. Die pauschale Verdächtigung „privater Schulen“ (das heißt von Schulen, die als staatliche anerkannte und kontrollierte Ersatzschulen einen öffentlich anerkannten Abschluss ermöglichen) ist jedenfalls ein Topos in der deutschsprachigen Bildungsdebatte.

Das Grundgesetz gewährleistet in §7,4 das Recht, private Schulen zu gründen. Dieses Recht fußt auf der Einsicht, dass es wünschenswert ist, wenn schulische Bildung von zivilgesellschaftlichen Trägern mitgetragen wird. So wird verhindert, dass sie reine Staatsangelegenheit ist. Es gibt gerade auf deutschem Boden genug negative Erfahrungen mit einem staatlichen Bildungsmonopol, das gesellschaftliche Teilhabe und Mitverantwortung als störend oder gar schädlich ansieht. Die Vielfalt der Bildungsangebote ist darüber hinaus ein wesentlicher Bestandteil für die Lebendigkeit und Innovationsfähigkeit des deutschen Bildungssystems.

In Aufreger-Debatten wurde einmal mehr das Klischee bemüht, private Schule würden soziale Eliten 1

versammeln. Zum einen stimmt dies in dieser Allgemeinheit gerade auch für die kirchlichen Schulen nicht. Die Realisierung von Bildungsgerechtigkeit ist ihnen erkennbar ein zentrales Anliegen. Zum anderen: Wenn die soziale Sonderung an der sozialen Zusammensetzung der Schülerschaft festgemacht würde, müsste der Staat gegen sich selbst klagen, denn mit seinem Wohnortsprinzip fördert er ja auch die soziale Sonderung. Die behauptete Sonderung bei den Privatschulen kann sich im Übrigen auch nicht auf empirische Untersuchungen stützen. Es stimmt in dieser Vereinfachung nicht.

Schulen in freier Trägerschaft werden immer mal wieder aufgefordert, die soziale Zusammensetzung ihrer Schülerschaft zu veröffentlichen. Die Forderung setzt voraus, dass die Schulen soziale Daten bei der Anmeldung erheben. Das tun sie aber nicht, jedenfalls nicht die kirchlichen Schulen. Es würde zudem eine Stigmatisierung der Privatschulen bedeuten, wenn nur

sie, aber nicht die staatlichen Schulen solche Daten erheben müssten. Maximal wäre es möglich, soziale Daten über Schüler und Schülerinnen zu erheben, die Stipendien erhalten – zumal an allen kirchlichen Schulen der Grundsatz gilt, dass der Schulbesuch nicht am Schulgeld scheitert. Dies wird aber bei den meisten Antragsverfahren gar nicht sonderlich gemacht, da dies wiederum mit einer erheblichen Ausweitung der Schulbürokratie verbunden wäre. Und die einzige Information, die wir hätten, nämlich die freiwilligen Spender für die Schule, geben wir an unserer Einrichtung noch nicht einmal intern als Information von der Verwaltung an die Pädagogen in der Schule, weil Geld keine Rolle spielen darf für pädagogische Entscheidungen.

Die Rede von den sozialen Eliteschulen hat auch einen rückwirkenden Charakter auf die Schüler und Schülerinnen selbst. Stigmatisierung kann aus positiven Intensionen entstehen: „Brennpunktschulen“ in Großstädten entstanden aus dem Wunsch, diese Schulen besser auszustatten. Aber was macht es mit jungen Menschen, wenn ihre Schule ständig als Brennpunktschule bezeichnet wird? Was macht es umgekehrt mit Schülern aus sozial schwachen Schichten, die an Privatschulen sind, wenn ihre Schule öffentlich als soziale Eliteschule abgestempelt wird? In der Debatte um das Thema der Bildungsgerechtigkeit werden im Übrigen moralisch hoch aufgeladene Debatten geführt, die ganze soziale Milieus stigmatisieren, z.B. die angeblich bildungsfernen, weil sozial schwachen Schichten. Es gibt reiche Familien, die bildungsfern sind und ihr dünkelfhaftes Selbstverständnis mit Bildungsstatus verwechseln, und es gibt unendlich viele Familien, die finanziell kämpfen müssen und zugleich sehr gebildet und bildungsnah sind, auch an Schulen in freier Trägerschaft.

Der wissenschaftliche oder auch pseudowissenschaftliche Blick auf die Schulen hat in der Regel nicht im Blick, dass jeder Schüler und jede Schülerin ein Recht darauf hat, als eigene Person angesehen zu werden, ohne von sozialen, familiären oder gesellschaftlichen Klassifizierungen her definiert zu werden. Die Würde pädagogischen Handelns hängt daran, dass Lehrende und Erziehende jedem Kind und jedem Jugendlichen mit offenem, von Klischees unverstelltem Blick entgegentreten. Aufreger-Debatten helfen da nicht weiter.

***Martin Löwenstein** (1961) ist Jesuit und leitet seit 2017 das Aloisiuskolleg in Bonn, zu dem ein Gymnasium und ein Internat für 95 Mädchen und Jungen gehören. Zuvor war er in der Citypastoral am Kleinen Michel in Hamburg und als Hochschuleseelsorger an der Universität Frankfurt/Main tätig. Seit 1999 publiziert er Predigten im Internet; seine Webseite verzeichnet über 1.000 Predigt-Texte und 300 Video-Mitschnitte.*

26. April 2018

Hans-Gert Pöttering

Europas Tagesordnung der Zukunft

Innerhalb der nächsten anderthalb Jahre steht die Europäische Union vor zahlreichen Herausforderungen: die Brexit-Verhandlungen, die Vereinbarung zum Mehrjährigen Finanzrahmen (2021 bis 2027), Reformprozesse innerhalb der Europäischen Union, Abkommen mit Drittstaaten (z. B. zu Handel oder Migration), Beitrittsverhandlungen mit Staaten des westlichen Balkans sowie nicht zuletzt die Wahlen zum Europäischen Parlament mit anschließenden Besetzungen von Kommissions- und Parlamentsposten. Bei alledem kommt es auf eine gute und effektive Gestaltung von Verhandlungen und Gipfeln an, um nachhaltige Lösungen zu ermöglichen. Führung ist gefragt, um eine Einheit zu formen, doch ohne jemanden auszuschließen oder zu überstimmen. Minderheitsmeinungen müssen auch weiterhin Gehör finden, ganz im Sinne des europäischen Mottos „Einheit in Vielfalt“. Allein die Gestaltung der Tagesordnung ist deshalb schon bedeutend.

In meiner Zeit als Präsident des Europäischen Parlaments (2007 bis 2009) hatte ich die schwierige Aufgabe, ein Parlament aus damals 27 Nationen und diversen politischen Gruppierungen zu leiten und zu repräsentieren. Das Europäische Parlament spiegelt die Vielfalt der europäischen Völkerfamilie wider. Es spiegelt die Vielfalt der Lebensentwürfe, Weltbilder und Meinungen wider, die wir in der heutigen Europäischen Union vorfinden. In einer klugen Kombination von Einheit und Vielfalt ist es in der Europäischen Union gelungen, den Frieden zu bewahren. Besonnenheit und Klugheit sind beim Bemühen um die Einheit Europas von besonderer Bedeutung.

Führungsaufgaben im Europäischen Parlament wahrzunehmen, bedeutet vor allem, Geduld zu haben – Geduld mit den Kolleginnen und Kollegen, Geduld im Hinblick auf die Zeitabläufe, in denen Entscheidungen möglich sind. Zuhören, Kompromissbereitschaft und vor allen Dingen Respekt voreinander, sowohl hinsichtlich der Person als auch deren Überzeugungen, sind notwendige Voraussetzungen, erfolgreich das Europäische Parlament zu führen. Geduld, Kompromissbereitschaft und Respekt sind bei den schwierigen Verhandlungen in der Europäischen Union notwendig, um Ergebnisse zu erreichen. Dies gilt für die Situation auf dem westlichen Balkan ebenso wie für ein Ergebnis beim Mehrjährigen Finanzrahmen oder bei den Verhandlungen zum Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union.

Aber alles hat seine Grenzen. Wenn der politische Sachgegenstand oder die Glaubwürdigkeit beziehungsweise die Autorität von Verantwortlichen es erfordern, so sind im Europäischen Parlament auch Disziplinarmaßnahmen gegenüber Kollegen als letztes Mittel notwendig. Bei der Gefährdung der Demokratie oder des Rechtsstaates in einzelnen Ländern der Europäischen Union gibt es noch keinen effektiven Mechanismus, diesen Gefährdungen entgegenzuwirken, da dafür die Einstimmigkeit im Europäischen Rat erforderlich ist. Gleichwohl ist es ein Fortschritt, dass die Debatte darüber nicht mehr als Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Mitgliedstaates der EU angesehen wird.

Die Berufung eines mehrjährigen Präsidenten des Europäischen Rates und die Festlegung auf Spitzenkandidaten für die Wahlen zum Europäischen Parlament, anhand derer der Kommissionspräsident ausgewählt wird, waren notwendige Schritte, um Glaubwürdigkeit im Sinne von Kontinuität und Autorität durch demokratische Legitimität zu erzeugen. Die Europäische Union muss sich aber auch in die Lage versetzen, noch mehr Führungsaufgaben wahrzunehmen. Dies

betrifft ganz besonders die politische Agenda. Die Tagesordnung von Europäischen Ratstreffen darf nicht ausschließlich von externen Problemen bestimmt werden. Die Europäische Union muss Raum und Zeit haben, um eigene Themenschwerpunkte setzen zu können. Die aktive Gestaltung der Zukunft, unter Berücksichtigung von Traditionen und Vergangenheit, muss das Leitmotiv einer europäischen Debattenkultur sein.

Im Sinne der Subsidiarität ist aber auch immer wieder die Frage zu stellen, welche Ebene am besten geeignet ist, zur Bewältigung und Lösung eines Problems beizutragen. Im Geist des Subsidiaritätsprinzips, das der katholischen Soziallehre entstammt, soll jede Ebene des Lebens und der Politik über die Dinge entscheiden, von denen sie am meisten versteht und die sie am besten regeln kann. Daher müssen – auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips – die Politikbereiche, die in Zukunft auf europäischer Ebene gestaltet werden sollen, festgelegt sein. Bei Walter Hallstein war das Subsidiaritätsprinzip noch keine Handlungsmaxime. Dies ist verständlich, da es in seiner Zeit darum ging, Europa Zuständigkeiten zu vermitteln. Die Europäische Union muss heute aber die Möglichkeit erhalten, die ihr übertragenen Kompetenzen auch effizient auszuüben. Denn erst durch die europäische Einigung führen wir die Potenziale unseres Kontinents zusammen. Das ist der Maßstab, an dem wir das Einigungsprojekt messen müssen. Die Europäische Union ist daher eine Einheit ohne Zwang, ohne Kollektivismus, ohne Beschädigung unserer Eigenheiten, wo immer wir in der Europäischen Union leben. Europa soll und darf aber kein Schmelztiegel werden. Die kulturelle Vielfalt und die jeweilige nationale Identität der Völker Europas sind kein Mangel, sondern ein Reichtum des europäischen Kontinents. Besonders auch die kommunale Ebene ist von großer Bedeutung. Heimat, Vaterland und Europa sind kein Gegensatz, sondern gehören zusammen.

Die Europäische Union sollte sich in der Zukunft daher insbesondere um die Lösung von Herausforderungen bemühen, zu denen die Nationalstaaten allein nicht der Lage sind. Dazu gehört vor allem eine gemeinsame Asyl- und Zuwanderungspolitik mit sicheren EU-Außengrenzen, die Verwirklichung einer wirksamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Verteidigungsunion), die Stärkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit sowie die Sicherung unserer gemeinsamen Währung. Von ganz besonderer Bedeutung ist das „kulturelle Europa“. Deswegen sollte die Europäische Union auch in ihrem neuen Finanzrahmen der Förderung der jungen Generation Europas durch das Erasmus-Programm besondere Priorität geben.

***Dr. Hans-Gert Pöttering** (1945) hat Rechtswissenschaften, Politik und Geschichte in Bonn und Genf studiert. Von 1979 – 2014 war er Mitglied des Europäischen Parlaments, wo er 1997 – 2007 Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) war. 2007 – 2009 war Pöttering Präsident des Europäischen Parlaments und dann von 2010 – 2017 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Seit der Gründung ist er Mitherausgeber von kreuz-und-quer.de*

7. Mai 2018

Klaus Mertes

Wider die Banalisierung des Kreuzes

Die bayerische Landesregierung hat am 26. Mai 2018 beschlossen, Kreuze in den Eingangsbereich der Dienstgebäude des Freistaats aufzuhängen. Der Beschluss erreichte, was er wollte: Eine Debatte, genauer: Die Zuspitzung einer spätestens seit 2015 stark anschwellenden kulturpolitischen Debatte in Deutschland. Da in Bayern Wahlen anstehen, ist das Echo in der bayrischen Bevölkerung von besonderem Interesse, vor allem für den federführenden Ministerpräsidenten: Anhänger der AfD (77 zu 19 %) und der CSU (71 zu 24 %) befürworteten den Beschluss mit klarer Mehrheit, Anhänger der Freien Wähler (56 zu 32 %) und der SPD mit knapper Mehrheit (53 zu 46 %), während Anhänger der FDP (29 zu 67 %) und der Grünen (26 zu 74 %) klar dagegen waren.⁶

Zur Debatte um den Beschluss gehören auch die kirchlichen Reaktionen. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz kritisierte den Beschluss; er löse „Spaltung, Unruhe, Gegeneinander“ aus. Wer das Kreuz „nur als kulturelles Symbol“ ansehe, habe es nicht verstanden.⁷ Mit dieser Äußerung wandte sich Kardinal Marx gegen die entsprechende Einschätzung von Ministerpräsident Söder. Der hatte eben dieses behauptet, um dem möglichen Vorwurf einer Verletzung des staatlichen Neutralitätsgebotes zuvorzukommen: Das Kreuz sei „nicht ein Zeichen einer Religion“, sondern stehe „für die geschichtlich-kulturelle Identität und Prägung Bayerns“. Wenig später ruderte er zurück: „Natürlich ist das Kreuz in erster Linie ein religiöses Symbol.“ Aber es bündele sich doch im Symbol des Kreuzes die Grundidee eines säkularen Staates.⁸

Bemerkenswert ist angesichts dieser klaren Diskussionslage, dass die Debatte innerkirchlich eskalierte, und zwar durch Stimmen, die den Münchner Kardinal mit dem viel weiter gehenden Vorwurf überzogen, er sei gegen das Aufhängen von Kreuzen in staatlichen Gebäuden. Das lässt sich eigentlich bei aufmerksamem Lesen der entsprechenden Passagen nicht ernsthaft unterstellen; Eskalationstaktiken solcher Art kann man eher von krawalligen Shitstormern und monothematischen Trollen. Umso überraschender das Niveau, auf das sich der päpstliche Nuntius in Wien, Stephan Zurbriggen, bei einem Vortrag in der Hochschule Heiligenkreuz begab: „Als Nuntius, als Vertreter des Heiligen Vaters, bin ich schon traurig und beschämt, dass, wenn in einem Nachbarland Kreuze errichtet werden, ausgerechnet Bischöfe und Priester das kritisieren müssen.“ Das sei „eine Schande“, fuhr der Erzbischof fort, um sogleich zu einem weiteren Rundumschlag gegen „religiöse und politische Correctness“ auszuholen, derer sich Bischöfe, unter anderen auch Kardinal Marx, schuldig gemacht hätten, als sie im Oktober 2016 bei einer Pilgerreise ins Heilige Land am Jerusalemer Tempelberg als Geste der Zurückhaltung darauf verzichtet hatten, ein Brustkreuz zu tragen.⁹ In gemäßigerem Ton meldeten sich Bischof Rudolf Voderholzer und der evangelisch-lutherische Regionalbischof Hans-Martin Weiß zu Wort, beide von Regensburg, um den Beschluss des bayrischen Kabinetts zu unterstützen: Man begrüße es, „wenn das Kreuz im öffentlichen Raum präsent“ sei, zumal historisch und sachlich „in unserer bayrischen Heimat die christliche Religion das Fundament“ sei.

⁶ Infratest dimap im Auftrag des Bayrischen Rundfunks, 2.5.2018

⁷ Vgl. SZ, 29.4.2018

⁸ Vgl. FAZ, 2.5.2018

⁹ Heiligenkreuz, 2.5.2018, zitiert nach katholisch.de

Anders sieht die Debatte aus, wenn man die innerkirchlichen Stimmungslagen verlässt und von außen auf das Thema blickt. Da fällt auf, dass das Kreuz wie selbstverständlich als religiöses Symbol neben andere „religiöse Symbole“ wie die Kippa oder das Kopftuch gestellt wird.¹⁰ „Religiöses Symbol“ meint dann: Kennzeichen für die Zugehörigkeit zu einer religiösen Konfession. Die Kippa ist allerdings selbst in diesem Sinne nur sekundär als „religiöses Symbol“ zu verstehen, eigentlich nur unter der Voraussetzung, dass das Judentum sich selbst religiös versteht. Doch selbstverständlich kann auch ein nicht-religiöser Jude die Kippa tragen, um damit seine Zugehörigkeit zum (oder als Nicht-Jude seine Solidarität mit dem) jüdischen Volk zu zeigen, auch wenn er oder sie es zugleich „nur“ als ein Volk neben anderen versteht. Und was das Kopftuch betrifft, so ist unter Muslimen umstritten, ob es als religiöses oder nur als kulturelles Symbol zu verstehen ist – je nachdem wie eng oder weit man den Zusammenhang von kultureller und religiöser Identität fasst. Was Kippa, Kopftuch „religiös“ oder „kulturell“ bedeuten, darf also offen bleiben.

Doch gerade beim Kreuz verhält es sich anders. Christlich wird man nie sagen können, das Kreuz sei „bloß“ ein kulturelles Symbol. Das Kreuz als religiöses Symbol steht für den christlichen Glauben eben nicht auf derselben Ebene wie Kippa und Kopftuch. Vielmehr steht das Kreuz – noch besser: der Gekreuzigte – in seiner Bedeutung für das Selbstverständnis des Christentums auf derselben Ebene wie Tora und Koran in deren jeweiliger Bedeutung für Judentum und Islam: Der Gekreuzigte, die vom Volk Gottes gelebte Tora, der rezitierte Koran – sie sind aus der Perspektive der jeweiligen Religionen das Schlüsselmedium der Begegnung zwischen Gott und Welt. Deswegen ist der Missbrauch, auch der scheinbar „fromme“ Missbrauch des Kreuzes besonders folgenreich für die innere Substanz dessen, was im Namen des Christentums gelebt wird.

Wer sich dem Kreuz nähert, jedenfalls dem Kreuz, das auf Golgota aufgerichtet wurde, der nähert sich nicht allgemeinen Werten im „vorpolitischen Raum“ oder „Grundideen“ für den säkularen Staat, sondern dem Gekreuzigten. Das bedeutet nicht, dass man christliche Prägung solcher Räume und Grundideen nicht auch schätzen dürfte. Doch der Gekreuzigte ist zunächst einmal ein Stein des Anstoßes: „Die Juden fordern Zeichen, die Griechen suchen Weisheit. Wir dagegen verkünden Christus als den Gekreuzigten, für Juden ein Ärgernis, für Heiden ein Torheit, für die Berufenen aber, Juden wie Griechen, Christus, Gottes Kraft und Weisheit.“ (1 Kor 1,22f) Man hat ihn mit Sicherheit nicht verstanden, wenn man denkt, dieser Anstoß habe nur „damals“ bestanden, heute aber bestehe er nicht, da man ja inzwischen kulturell christianisiert sei – wobei auch da die Geister zu unterscheiden sind: Der Anstoß, der vom Gekreuzigten ausgeht, ist nicht derselbe Anstoß wie der, zu dem die bayerische Landesregierung durch ihren Beschluss „ausgerechnet bei Bischöfen und Priestern“ Anlass gibt. Die Vereinnahmung des Kreuzes hatte schon immer eine rabiate Außenseite, gegen die sich zu Recht – Gott sei Dank – Stimmen aus den Kirchen erheben. Nicht jeder, der das Kreuz demonstrativ vor sich herträgt, um anderen zu zeigen, „wo es hier bei uns lang geht“, steht schon in der Nachfolge des geschmähten Christus, wenn er deswegen Gegenwind bekommt.

Das Symbol des Kreuzes kann auf zweierlei Weisen banalisiert werden: Als Symbol für die kulturelle Identität „unserer“ (bayerischen, deutschen, polnischen oder russischen) Heimat, oder als „religiöses“ Symbol für Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession. Beide Banalisierungen sind nur das schwächliche Echo anderer Versuche, das empörende „Ärgernis“ (1 Kor 1,22) des Kreuzes abzuschwächen oder gar zu beseitigen. Diese Versuche begleiten das Christentum seit seinen Anfängen. Letztlich geht es immer darum, über die Dekonstruktion der Kreuzestheologie dem Christentum seinen tiefsten Ernst zu nehmen, das heißt, es im besten Fall auf eine Botschaft zu reduzieren, die auch dann wahr wäre, wenn Jesus nicht am Kreuz, sondern nach einem erfüllten Leben als alter Mann im Bett gestorben wäre. Die Banalisierung des Kreuzes lenkt ab von der

¹⁰ Vgl. pars pro toto PHOENIX-Runde am 3.5.2018

eigentlich entscheidenden Auseinandersetzung, um die es geht: Zwischen denjenigen, die das Kreuz ernst nehmen und sich deswegen vom Christentum abwenden, und denjenigen, die das Kreuz ernst nehmen und sich deswegen zum auferstandenen Gekreuzigten bekennen. Er ist der heiÙe Kern des christlichen Glaubens.

***Klaus Mertes SJ** (1954) ist Kollegsdirektor am Kolleg St. Blasien. Er hat Slawistik und Klass. Philologie in Bonn studiert und 1977 in den Jesuitenorden eingetreten. Anschließend studierte er Philosophie und kath. Theologie in München und Frankfurt a. M. und wurde 1986 zum Priester geweiht. Nach dem 2. Staatsexamen für Kath. Religion und Latein war er Lehrer an der St. Ansgar-Schule in Hamburg und am Canisius-Kolleg in Berlin, dessen er Rektor er 2000-2011 war. Klaus Mertes ist Mitglied im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken und im Kuratorium Stiftung 20. Juli 1944*

4. Mai 2018

Jörg Alt

Steuergerechtigkeit und Armut

Zwischen 2012 und 2017 arbeiteten drei von Jesuiten getragene Institutionen an einem Forschungsprojekt zu den Zusammenhängen von Steuergerechtigkeit und Armut: Die Jesuitenmission in Nürnberg, das Jesuit Centre for Theological Reflection in Lusaka (Sambia) und das Jesuit Hakimani Centre in Nairobi (Kenia). Für die empirischen Teile spielten Interviews mit Steuerbeamten und anderen Experten eine Rolle, im Bereich der ethischen Bewertung die Prinzipien und Normen der Katholischen Soziallehre. Am 19. März konnten daraus erwachsende Ergebnisse veröffentlicht werden.

Darunter ragt die Erkenntnis heraus, dass afrikanische Länder keine Entwicklungshilfe bräuchten, wenn sie unerlaubte Abflüsse, die so genannten Illicit Financial Flows, bekämpfen, und Privatpersonen und Betriebe nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit besteuern könnten. Dazu fehlt es aber an rechtlich-technischen Voraussetzungen: Sowohl Kenia als auch Sambia haben es seit der politischen Unabhängigkeit beispielsweise nicht geschafft, ein Register über die Eigentumsverhältnisse bei Grund und Boden sowie Immobilien zu erstellen. Arbeiten daran laufen, aber sie sind teuer und langwierig.

Sodann sind die Steuerbehörden ressourcenmäßig schwach: Dies wird augenfällig, wenn man Bayern, Kenia und Sambia vergleicht (USD=US-Dollar):

	Bayern	Kenia	Sambia
Einwohner	Ca. 12,6 Millionen (2014)	Ca. 45 Millionen (2014)	Ca. 14 Millionen (2012)
Bruttoinlandprodukt	533 Milliarden Euro (2014)	ca. 69 Milliarden USD (2015)	ca. 26,6 Milliarden USD (2014)
Steuereinnahmen in USD (2014)	114.628.911.000	9.871.940.000	2.718.970.000
Steuerbeamte Iststärke	14.633 (2013)	4.629 (2015)	1.450 (2013)
Steuerbeamte Sollstärke	16.477 (2013)	6.618 (2015)	1.482 (2013)
Steuerbeamte auf 1000 Einwohner (2010)	1,15	0,104	0,099

Wenig erstaunlich deshalb, dass Sambia nicht in der Lage ist, die jährlich auf 2,9 Milliarden USD geschätzten unerlaubten Kapitalabflüsse zu unterbinden.

Hinzu kommen politische Erwägungen: Vor allem ausländische Konzerne erhalten weitreichende Steuergeschenke im Gegenzug für Investitionen: Kenia entgehen somit jedes Jahr geschätzt 1,2 Milliarden USD.

Und es fehlt an der Unterstützung entwickelter Länder: Für die Steuerbehörden Afrikas wäre es wichtig zu wissen, wohin denn das Geld, das aus ihren Ländern verschwindet, hinfließt. Es ist ein offenes Geheimnis, dass es zunächst Steueroasen anzielt, dort in Briefkastenfirmen, Trusts und Holdings verpackt wird, bevor es in den entwickelten Länder profitabel investiert wird.

Gäb es bei den Einkommens- und Besitzverhältnissen privater, betrieblicher und krimineller Großvermögen die gleiche Transparenz gegenüber den Steuerbehörden wie sie bei abhängig Beschäftigten besteht, wäre viel gewonnen. Aber dies wird in Kenia und Sambia, ebenso wie in Deutschland (so die 2016 veröffentlichte deutsche Teilstudie des Forschungsprojekts), von

einflussreichen Lobbygruppen und korrupten Seilschaften verhindert. Und so bleibt die Schieflage in der Verteilung der Steuerlast: Sie wird auch in Kenia und Sambia, natürlich nicht in absoluten Beträgen, wohl aber relativ zu den Einkommens- und Vermögensverhältnissen, über direkte und indirekte Steuern und Abgaben überproportional von Armen, kleinen und mittelgroßen Einkommen sowie kleinen und mittelgroßen Betrieben getragen. Hinzu kommt die Unfähigkeit, die in Afrika sehr ausgeprägte „informelle Ökonomie“ zu besteuern – aber dies ist ein komplexes Feld für sich.

Die Studie verdeutlicht jedenfalls, warum viele Menschen in Afrika ihr Heimatland verlassen: Die Staaten haben zu wenig Einnahmen, um ihrer Bevölkerung gute Bildung und medizinische Versorgung zu bieten, um in Infrastruktur zu investieren und Hilfe bei Start-Ups zu bieten. Unter solchen Bedingungen wird Migration, auch nach Europa, eine lockende Option.

Natürlich gibt es viele Ideen und Maßnahmen, was gegen die geschilderten Missstände getan werden kann. Aus Platzgründen sollen lediglich die Handlungsmöglichkeiten reicher Staaten wie Deutschland angerissen werden:

Die Mobilisierung einheimischer Ressourcen ist ein wichtiges Ziel, und zugleich eine wichtige Voraussetzung zur Erreichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele. Wenn Steuerbeamte, die bereits in Afrika tätig waren, gefragt wurden, ob sie ihre Zeit dort als lohnend erachteten, wurde dies ausnahmslos bejaht. Besonders interessant war, dass niemand von versuchter politischer Einflussnahme oder Korruption in den Verwaltungen sprach, wohl aber von Mängeln bei der Ausstattung und Ausbildung. Entsprechend sollte die deutsche Entwicklungszusammenarbeit verstärkt darauf hinarbeiten, diese Mängel zu beheben.

Sodann muss dringend das Problem mangelnder Transparenz bei privaten, betrieblichen und kriminellen Großvermögen behoben werden, welches im Übrigen die Steuerbehörden auch in Deutschland daran hindert, nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit zu besteuern. Schützenswerte Belange der Vermögensinhaber werden weiterhin durch das überall sehr strikte Steuergeheimnis geschützt, und alles, was trotzdem diese Transparenz scheut, wird auch Grund dazu haben! Sollte das Außerlanderschaffen von Korruptionsgewinnen und anderem auf unlautere Weise gewonnenem Vermögen durch Transparenz erschwert werden, werden solche Praktiken in Afrika drastisch zurückgehen. Es wird deutlich mehr Geld vor Ort bleiben und dort investiert werden.

Damit dies gelingen kann, müssen möglichst viele Staaten der Welt in ein solches Transparenzregime eingebunden werden. Dies gilt auch und vor allem für Steueroasen. Dennoch gibt es auch ohne deren Kooperation genügend Möglichkeiten, das Offshore-Geschäftsmodell auszudünnen, etwa, indem Banken und anderen Finanzdienstleistern in den Zielländern der Illicit Financial Flows verboten wird, jene Beträge anzunehmen, deren wirtschaftlich Letztbegünstigte nicht zweifelsfrei geklärt werden können. Vorschläge, wie dies umgesetzt werden kann, gibt es. Natürlich bedarf es auch angemessener Ressourcen bei Behörden, um die Umsetzung solcher Bestimmungen kontrollieren zu können, ebenso bedarf es Strafen, die eine Gesetzesbefolgung angeraten sein lässt.

Es gibt viele Möglichkeiten, mit denen Europa den Migrationsdruck aus Afrika senken kann. Steuergerechtigkeit ist eine wichtige Dimension dabei.

Dr. Jörg Alt SJ (1961) Jesuit und Soziologe, arbeitet in der Jesuitenmission Nürnberg zu den Bereichen Migration, Steuergerechtigkeit und Katholische Soziallehre.

Auch Frauen in sakramentalen Dienstämtern?

In gesellschaftspolitischer Verantwortung sind Frauen vor allem in Europa und Nordamerika – gelegentlich auch an anderen Orten - in leitender Position zunehmend präsent. Die Kompetenzen im Hinblick auf die Übernahme ihrer Tätigkeiten sind bei der Wahl von Frauen entscheidend, nicht das Geschlecht bestimmt heute über die Berufung einer Persönlichkeit in ein leitendes politisches Amt. Wäre dies nicht auch eine willkommene Option für jene Kirchen, die sich noch nicht für die Ordination von Frauen zum Diakonat, Pfarramt und Bischofsamt entschieden haben - für die Römisch-katholische Kirche und für die Orthodoxen Kirchen? Könnte es nicht sein, dass die von vielen Frauen in jenen kirchlichen Traditionen, die die Frauenordination ablehnen, heute empfundene Eignung für das Amt der öffentlichen Verkündigung des Evangeliums von Gott selbst so gewollt ist? Wer vermag den Willen Gottes im Hinblick auf die Gestalt der Kirche, die er wünscht, plausibel zu erschließen?

Viele - nicht alle - evangelische Kirchen haben sich im 20. Jahrhundert entschieden, auch Frauen zu ordinieren - im Widerspruch gegen eine lange, eher skeptische eigene Tradition. Immerhin hatte sich Martin Luther auf Paulus berufen können, der es für angeraten erachtete, dass Frauen in der öffentlichen Gemeindeversammlung schweigen (vgl. 1 Kor 14,26-36). Erst im Kontext des 2. Weltkriegs, als viele Männer in den evangelischen Gemeinden fehlten, wurde das Argument gestärkt, vor allem sei es wichtig, zunächst überhaupt den Predigtendienst durch qualifizierte Persönlichkeiten zu sichern - egal ob durch einen Mann oder eine Frau. Die Gewährleistung der Verkündigung des Evangeliums erschien wichtiger als die Bewahrung der institutionellen Ordnung einer sozialen Institution – so sieht es die evangelische theologische Tradition auch im Hinblick auf andere Kriterien bei der Übernahme eines kirchlichen Dienstamtes bis heute.

Manche Worte in paulinischer Tradition haben bei unserer Thematik eine intensive Wirkungsgeschichte. In seinem Brief an die Korinther rät Paulus: Die Frau möge nicht öffentlich lehren; sie soll sich still verhalten und zu Hause ihren Mann befragen, wie das Evangelium auszulegen sei. Heute wissen wir um die geschichtlichen Hintergründe dieses späten, wohl erst nach dem Tod von Paulus entstandenen nachträglichen Einschubs in den ersten Korintherbrief: Allzu eifrige, von Frauen dominierte Gruppierungen waren in den christlichen Gemeinden tätig und stellten in den ersten Jahrzehnten die eingeübten Ordnungen in den judenchristlichen Gemeinden von Grund auf in Frage. Alles sollte anders werden. In Erinnerung an die vielen Frauen in der Nähe von Jesus beanspruchten Frauen der zweiten und dritten Generation ihre persönliche Autorität. Ein Gerangel um Dienste und Aufgaben gab es offenkundig von früher Zeit an. Die von Männern verantwortete Leitung der Gemeinden leistete Widerstand und setzte sich als Modell durch – mit Konsequenzen für viele Jahrhunderte des Christentums.

Wie betrachtet Gott selbst die Frage der Geschlechterzugehörigkeit auf der institutionellen Ebene des Christentums? Ich finde es wichtig, sich als Mensch zunächst der Herausforderung bewusst zu werden, die mit dieser Frage verbunden ist. Was können wir Menschen überhaupt von Gott wissen? Eine Antwort auf die gestellte Frage wird in lehramtlichen Schriften durch den Blick auf das Handeln Jesu versucht. Eine Vorannahme ist dabei gegeben: Jesus wusste um den Willen Gottes und handelte entsprechend. Kann dies stimmen? Unbestritten ist in der fachlich geprägten Literatur, dass es im persönlichen Freundeskreis um den Wanderprediger Jesus viele Frauen gab, die seiner Botschaft trauten und ihn auf den Wegen begleiteten. Zugleich wird in den Namenslisten für den Kreis der zwölf Apostel, die Jesus nach Auskunft der Evangelien in einen besonderen Dienst seiner

Nachfolge berufen hat, keine Frau erwähnt. Dennoch ist es nach dem Johannes – Evangelium (vgl. Joh 20, 11-18) Maria von Magdala, die als erste dem auferstandenen Jesus Christus begegnet und von ihm persönlich als Zeugin für ihn und sein neues Leben zu den Aposteln gesendet wird. Auch Paulus hat nach seiner Begegnung mit dem auferstandenen Jesus Christus für sich und seinen Dienst der Verkündigung der österlichen Botschaft den Begriff des Apostels beansprucht, obwohl er Jesus nicht persönlich kannte und seine Anhänger zunächst verfolgte. Bei der Steinigung des Stephanus sah Paulus zu; er war dafür verantwortlich (vgl. Apg 7,54 – 8,1). Es gibt nach dem Neuen Testament jedenfalls mehr als zwölf Apostel.

Offenkundig waren die Aufgabenbereiche in den frühen christlichen Gemeinden auf die konkreten Herausforderungen vor Ort bezogen: Wer Fähigkeiten, Begabungen, Charismen hatte, sollte sie einbringen in das mühsame Geschehen der Bildung der ersten christlichen Gemeinden. Der gläubige Bezug auf die Verkündigung der Wende der eigenen Lebensexistenz durch den Glauben an Jesus Christus war dabei entscheidend. Paulus verkündigt nach seiner Bekehrung, dass in der Gemeinschaft mit Jesus Christus alle Gegensätze an Bedeutung verlieren – auch jene zwischen Mann und Frau (vgl. Gal 3,28).

In der Geschichte des Christentums hat sich sehr bald eine Gestalt der amtlichen Verantwortung etabliert, die den damaligen gesellschaftlichen Erwartungen entsprach. Dienste von Frauen in der Öffentlichkeit erschienen lange Zeit als unangemessen. Lediglich bei der Taufe von erwachsenen Frauen (durch Untertauchen) sowie bei der christlichen Unterweisung von Frauen in Privathäusern waren Frauen längere Zeit als Diakoninnen tätig. Frühe kirchamtliche Quellen belegen dies und bezeugen auch, dass es eine liturgische Feier zur Übergabe dieses Amtes unter Gebet und Handauflegung gab. Dies ist der Hintergrund für die gegenwärtig wieder neu aufgenommene Frage, ob das Diakonat der Frau durch die Tradition begründet ist. Papst Franziskus hat 2016 eine Kommission eingesetzt, die durch historische Studien (erneut) klären soll, welche Aufgaben Frauen in den ersten Jahrhunderten in den Kirchen innehatten und wie diese Tätigkeiten theologisch zu qualifizieren sind. In manchen orthodoxen Patriarchaten wird die alte Tradition des Diakonats von Frauen gegenwärtig wieder eingeführt. Immerhin ist auch im Neuen Testament eine Frau mit dem Namen Phoebe genannt, die Diakonin in der Gemeinde von Kenchreä (ein Hafen von Korinth) war (vgl. Röm 16,1).

Nicht nur Frauen halten heute ein neues Nachdenken über die Möglichkeit des amtlichen kirchlichen Dienstes von Frauen für geboten. In den ökumenischen Gesprächen über die sichtbare Einheit der Kirchen darf diese Thematik nicht ausgespart bleiben. Begründungspflichtig ist der Ausschluss der Frauen vom Amt mit all den Konsequenzen, die dies hat. Eine Zulassung zur Partizipation auch von Frauen an kirchlichen Entscheidungsprozessen ist sehr wichtig. Das Bild von den Kirchen verändert sich erheblich durch die Beteiligung von Frauen in amtlicher Tätigkeit. Theologische Argumente dafür gibt es. In der gegenwärtigen römisch-katholischen kirchlichen Verfassung müssten Männer ihnen Bedeutung beimessen – sie beraten dürfen auch Frauen immerhin.

***Dorothea Sattler** (1961) ist Professorin für Ökumenische Theologie und Dogmatik an der Westfälischen Wilhelms - Universität Münster und Direktorin des Ökumenischen Instituts der Katholisch-theologischen Fakultät sowie Sprecherin des Sachbereichs 1 (Theologie - Pastoral - Ökumene) im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK).*

28. Mai 2018

Stephan Eisel

Das christliche Menschenbild

I. Leitsatz

Die Offenlegung des Menschenbildes, auf das sich Parteien beziehen, ist wichtig, weil sich aus diesem Menschenbild ergibt, welche Politik eine politische Bewegung für menschlich hält, welche Politik also dem Menschen gerecht wird. Grundlage und Voraussetzung einer Politik aus christlicher Verantwortung ist das Bekenntnis zum christlichen Menschenbild, das den Menschen ausdrücklich als Geschöpf Gottes sieht und sich deshalb zu seiner Einmaligkeit und Begrenztheit bekennt. Es ist diese religiöse Letztbegründung, die die Union von allen anderen Parteien in Deutschland unterscheidet. Im Verständnis des christlichen Menschenbildes zeichnen unveräußerliche Würde, Gleichwertigkeit, Verschiedenartigkeit und Unvollkommenheit alle Menschen aus. Daraus leiten sich die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ab.

II. Grundsätze

Es ist kein Zufall, dass in allen Grundsatzprogrammen der CDU ausdrücklich schon in den ersten Sätzen für eine Politik aus dem Bewusstsein der „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ plädiert wird. Auch das Grundgesetz beginnt mit den Worten „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen...“

Umso bemerkenswerter ist es, dass „Gott“ – abgesehen von der CSU - in den Programmen anderer Parteien überhaupt nicht vorkommt. Die Union hat hier ein eindeutiges Alleinstellungsmerkmal: Sie benennt ausdrücklich, dass für sie der Mensch Geschöpf Gottes und nicht das letzte Maß aller Dinge ist. Es gibt also Dinge, die dem menschlichen Zugriff entzogen sind und bleiben müssen – vor allem seine unveräußerliche Würde und in der Verschiedenartigkeit die Gleichwertigkeit aller Menschen als Geschöpfe Gottes. Das Wissen darum begründet auch die Einsicht in die Fehlbarkeit des Menschen und die Grenzen politischen Handelns. Dieses christliche Menschenbild ist ein Bollwerk gegen die Vergötterung des Menschen oder von Ideologien, die zwangsläufig in Diktaturen mündet.

Das christliche Menschenbild verpflichtet als nicht nur zum politischen Handeln aus ethischer Verantwortung, sondern setzt Politik auch klare Grenzen und entzieht den Menschen völliger politischer Verfügbarkeit. Zugleich setzt sich Politik aus christlicher Verantwortung nicht selbst absolut, erhebt nicht den Anspruch aus dem christlichen Menschenbild ein bestimmtes politisches Tagesprogramm ableiten zu können und bleibt offen für die, die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit aus anderen Quellen als dem christlichen Menschenbild herleiten.

III. Hintergründe

Nur wenige Wochen nach dem Ende von Krieg und Diktatur wurden im Juni 1945 in Berlin und Köln Gründungsaufrufe für eine „Christlich-Demokratische Union Deutschlands“ veröffentlicht. Sie beschreiben „Schuld und Schande, in das uns die Vergottung eines verbrecherischen Abenteurers gestürzt hat“ und als „furchtbare Erbschaft“ einen „Trümmerhaufen sittlicher mit materieller Werte“ (Berliner Gründungsaufruf). „Nie wäre dies alles über uns gekommen, wenn nicht weite Kreise unseres Volkes von einem habgierigen Materialismus sich hätten leiten lassen. ... Ohne eigenen sittlichen Halt verfielen sie dem Rassenhochmut und einem nationalsozialistischen Machtrausch.“ (Kölner Gründungsaufruf)

Diesen „sittlichen Halt“ sahen die Gründer der CDU in einer „ehrlichen Besinnung auf die christlichen und abendländischen Lebenswerte“, dem Bekenntnis zur „gottgegebenen Freiheit des Einzelnen“ und einer sozialen Ordnung, „die der demokratischen Überlieferung der deutschen Vergangenheit ebenso entspricht wie der weite und dem Geiste des christlichen Naturrechts.“ (Kölner Gründungsaufruf). Eine „Ordnung in demokratischer Freiheit (kann) nur entstehen, wenn wir uns auf die kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen und diese Kraftquellen unserem Volkes immer mehr erschließen.“ (Berliner Gründungsaufruf)

Konrad Adenauer hat es in seiner berühmten Kölner Universitätsrede am 24. März 1946 so formuliert: „Der Fundamentalsatz des Programms der CDU, der Satz, von dem alle Forderungen unseres Programms ausgehen, ist ein Kerngedanke der christlichen Ethik: die menschliche Person hat eine einzigartige Würde, und der Wert jedes einzelnen Menschen ist unersetzlich. Aus diesem Satz ergibt sich eine Staats-, Wirtschafts- und Kulturauffassung, die neu ist gegenüber der in Deutschland seit langem üblichen. Nach dieser Auffassung ist weder der Staat, noch die Wirtschaft, noch die Kultur Selbstzweck; sie haben eine dienende Funktion gegenüber der Person. Die materialistische Weltanschauung macht den Menschen unpersönlich, zu einem kleinen Maschinenteil in einer ungeheuren Maschine, die wir mit der größten Entschiedenheit ablehnen. ... Wir nennen uns christliche Demokraten, weil wir der tiefen Überzeugung sind, dass nur eine Demokratie, die in der christlich-abendländischen Weltanschauung, in dem christlichen Naturrecht und in den Grundsätzen der christlichen Ethik wurzelt, die große erzieherische Aufgabe am deutschen Volke erfüllen und seinen Wiederaufstieg herbeiführen kann.“

Dieser im Angesicht des Verfalls aller Werte grundwertebezogene Gründungsimpuls der CDU prägt die Partei bis heute und ist ihr Fundament. Auch die Herausforderungen unserer Zeit stellen immer wieder Frage nach den Maßstäben und Grenzen politischen Handelns. Auch das aktuelle – 2007 verabschiedete – CDU-Grundsatzprogramm bezieht sich dabei auf das christliche Menschenbild und beschreibt es mit den Leitsätzen:

- „Für uns ist der Mensch von Gott nach seinem Bilde geschaffen. Aus dem christlichen Bild vom Menschen folgt, dass wir uns zu seiner unantastbaren Würde bekennen. Die Würde aller Menschen ist gleich, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität, Alter, von religiöser und politischer Überzeugung, von Behinderung, Gesundheit und Leistungskraft, von Erfolg oder Misserfolg und vom Urteil anderer. Wir achten jeden Menschen als einmalige und unverfügbare Person in allen Lebensphasen. Die Würde des Menschen – auch des ungeborenen und des sterbenden – ist unantastbar.“
- „Aus der Würde des Menschen erwächst sein Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit und zugleich die Verantwortung gegenüber dem Nächsten. Der Mensch besitzt die Freiheit zur sittlichen Entscheidung. Er steht nach christlichem Verständnis in der Verantwortung vor Gott und vor seinem Gewissen und ist auf Gemeinschaft mit seinen Mitmenschen angelegt.“
- „Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt. Darum sind auch der Planungs- und Gestaltungsfähigkeit der Politik Grenzen gesetzt. Diese Einsicht bewahrt uns vor ideologischen Heilslehren und einem totalitären Politikverständnis. Sie schafft Bereitschaft zur Versöhnung.“
- „Wir verstehen den Menschen als Teil der Schöpfung. Es steht ihm nicht zu, nach Belieben über die Natur zu verfügen. Sie ist uns zur Gestaltung und Bewahrung anvertraut. Wir sind dafür verantwortlich, wie wir sie den nachfolgenden Generationen weitergeben.“
- „Auf diesem Menschenbild beruhen die Grundlagen der demokratischen Rechts- und Verfassungsstaaten. Das gilt auch für diejenigen, die Würde, Gleichheit und Freiheit des Menschen nicht aus dem christlichen Glauben herleiten.“

Dr. Stephan Eisel (1955) war als Mitglied des Deutschen Bundestages bis 2009 Mitglied im Europaausschuss und u. a. 1983- 1992 zunächst als Redenschreiber und dann als stv. Leiter des Kanzlerbüros Mitarbeiter von Helmut Kohl. Seit 2010 ist er in der Konrad-Adenauer-Stiftung Projektleiter für „Internet und Demokratie“ sowie „Bürgerbeteiligung“. Er ist verantwortlicher Redakteur des Blogs für politisches Handeln aus christlicher Verantwortung kreuz- und -quer.de

4. Juni 2018

Klaus Prömpers

Deutschland im UN-Sicherheitsrat

Am 8. Juni wird Deutschland zum sechsten Mal als nicht ständiges Mitglied für die Jahre 2019 und 2020 in den Sicherheitsrat gewählt werden. Offen ist bis heute, ob es wirklich eine eigene deutsche Strategie für die Vereinten Nationen gibt angesichts der vielfältigen Schwierigkeiten, denen sich die Organisation gegenüber sieht.

15 Mitglieder insgesamt nehmen am Hufeisentisch des Sicherheitsrates am East River Platz: Die Veto Kraft der fünf permanenten Mitglieder des Sicherheitsrates, China, Frankreich, Großbritannien, Russland und der USA, einst begründet in ihrem Besitz von Atomwaffen und ihrer Rolle als Siegermächte des 2. Weltkrieges, die die Vereinten Nationen noch während des Krieges erfunden haben und sie 1945 in San Francisco gründeten, verhindert bis heute eine im 73. Jahr dringend nötige Reform der Vereinten Nationen und vor allem des Sicherheitsrates. Denn die nur zehn weiteren Mitglieder repräsentieren keineswegs mehr die realen Machtverhältnisse der unterschiedlich gewachsenen Länder der Welt. Man denke nur an Brasilien, Indien, Indonesien, das Fehlen eines permanenten Mitglieds aus Afrika wie beispielsweise Südafrika oder Nigeria. Außenminister Maas warb Ende April in New York vor der Generalversammlung um die Zustimmung der nötigen Mehrheit der 193 Nationen, die mittlerweile in der GV sitzen. "Wir wollen das noch einmal betonen, dass wir insbesondere bei Fragen der Krisenprävention, der Friedenssicherung und der Stabilisierung eine wichtige Rolle einnehmen wollen und auch können", sagte Heiko Maas. Die UN Charta erwähnte er mit keinem Wort. Ob das nur Zufall, oder aber Absicht war, wird sich zeigen.

Die UN Charta, am Ende des 2. Weltkrieges entwickelt, droht in Vergessenheit zu geraten. Frieden, erhalten und zurückgewinnen im zwischenstaatlichen Verhältnis, das war der wesentliche und erste Impuls. Mittlerweile sind aber viele Kriege innerstaatliche Konflikte, deren sich anzunehmen die UN sich lange schwer tat. Mittlerweile dringt dieser Ansatz allmählich ein in die Politik als „Responsibility to Protect“, Verantwortung im Sinne der Menschenrechte, Minderheiten vor Verfolgung zu schützen. Keineswegs immer ein erfolgreiches Unterfangen, das die Vereinten Nationen mit Mandaten des Sicherheitsrates zum Beispiel im Kosovo, in Mali, und an vielen anderen Konfliktherden der Welt versucht. Nicht in allen Fällen ist der Versuch erfolgreich, ein Mandat zum Eingreifen und Beilegen von Konflikten zu erzielen. Katastrophalste Beispiele des Misslingens sind zur Zeit zweifellos Syrien, Jemen und die Ukraine, um nur drei Konfliktherde von vielen zu nennen.

Deutschland hat in seiner Kampagne für die Wahl in der Generalversammlung der 193 Nationen auf die Begriffe: „Frieden, Gerechtigkeit, Innovation, Partnerschaft“ gesetzt. Das lässt noch viele Optionen offen. Wichtiger ist wahrscheinlich, dass Deutschland im Jahr 2016 insgesamt zweitgrößter Beitragszahler der UN war. Unbestritten bleiben bisher immer noch die US mit 28 % der Hauptfinanzier des insgesamt 5,6 Milliarden US Dollar Budgets. Doch die drohen den Geldhahn weiter zuzudrehen. Im Budget nicht berücksichtigt sind dabei die zahllosen Friedenserhaltenden und -schaffenden Einsätze, die eigenen Budgetregeln folgen. Bewußt sein muss einem dabei, dass die Gesamtausgaben der Vereinten Nationen für Friedenseinsätze weltweit gerade einmal ein Halbes Prozent der weltweiten militärischen Ausgaben ausmachen, zweifellos ein Missverhältnis. Eine wesentliche Rolle spielte sicher auch, dass Deutschland als wichtiger Akteur in der Europäischen Union meistens im Geleitzug der bisher 28 EU Mitgliedsländer sich orientiert und dennoch eine gewichtige Rolle spielt.

Die Vereinten Nationen haben sich in den vergangenen Jahren immer wieder mit ihrer Kompetenz auf

neue Politikgebiete vorgewagt. Doch zeigt sich am Klima Abkommen von Paris, am schleppenden Fortgang der Welthandelsgespräche in der Doha Runde, am International Criminal Court und anderen Fachbereichen, dass die Gültigkeit von Regeln, die die Generalversammlung einmal verabschiedet hat, oder aber die - wesentlich häufiger - von Spezialgremien in zwischenstaatlichen Verhandlungen erzielt wurden, nicht alle 193 UN Mitgliedsstaaten binden. Wer erinnert sich noch daran, dass 1950 die Generalversammlung der UN bei schon damaliger Blockade des Sicherheitsrates im Korea Krieg einen Weg fand, ein Mandat für den Stop des Vormarsches der Nordkoreanischen Truppen gen Süden zu formulieren? Wer erinnert sich noch daran, dass das Zustandekommen der Menschenrechte wesentlich der Ehefrau des früheren US amerikanischen Präsidenten Eleonore Roosevelt in der UN zu verdanken ist?

Allzu häufig hat in jüngster Zeit Donald Trump Verträge und Übereinkünfte gebrochen. Aber auch seine Vorgänger hatten bereits ausgehandelte Verträge am Schluß nicht ratifiziert. Die USA, die unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg wesentlich zum Zustandekommen des zweiten Versuches einer weltweiten Clearingstelle beigetragen hatten, stehen heute als diejenigen da, die generelle Übereinkünfte ignorieren, weltweite Regeln nur gelten lassen, wenn sie ihnen einen Vorteil bringen, so Donald Trump. Dabei ist nicht so sehr an das Ausscheren der USA aus dem Klimaabkommen unter Präsident Trump gedacht und die Missachtung der Welthandelsorganisation WHO durch die Trump Regierung.

Insgesamt führt der neue Stellenwert der Nation weltweit zu einer Schwächung der Vereinten Nationen. Die in Zeiten des Zweiten Weltkrieges gewachsene Begeisterung für transnationale, weltweite Zusammenarbeit zur Bewahrung des Friedens ist unter dem Vormarsch der Rechtst- und Linkspopulisten geschwunden. Die Verbreitung der Demokratie stösst an Grenzen. Das „Chinesische Modell“, die Kombination von wirtschaftlichem Wachstum, diktatorischer Regierung stärkt politischen Einfluß und gewinnt an Popularität gegenüber dem komplexen Prozeß demokratischer Regierungsformen. Zumal eben jene traditionellen Demokratien auch wirtschaftlich an ihre Grenzen stossen. Daneben gibt es in vielen Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens den ausgeprägten Willen der Herrschenden, ihre Regentschaft über normale demokratische Zeitabläufe hinaus zu verlängern.

Die Vereinten Nationen befinden sich in einer kritischen Phase, wenn Deutschland am 1.1.2019 für zwei Jahre mit Botschafter Christoph Heusgen und seinem Team in den Sicherheitsrat einzieht. Der überaus versierte Diplomat, der unter Javier Solana, dem ersten außenpolitischen Beauftragten der EU, eine erste Außen und Sicherheitspolitische EU Strategie entwarf und anschließend 13 Jahre als außenpolitischer Berater Angela Merkel beriet, war bereits vor seinem Dienstantritt in New York am 1.7. 2017 weltweit bestens vernetzt. Berge wird auch er nicht versetzen können. Aber er könnte vielleicht dazu beitragen, dass die insgesamt noch laufenden 14 Missionen in Sachen PeaceKeeping mit insgesamt 110 000 eingesetzten Menschen künftig effizienter arbeiten können, nicht zu sprechen von den zahlreichen weiteren Beobachtungsmissionen, die die UN weltweit unterhält. Prominentester Deutscher in einer solchen Mission ist übrigens für die Westsahara im Moment Exbundespräsident Horst Köhler.

Gäbe es die Vereinten Nationen nicht, so müsste man sie sicherlich heute erfinden. Erfolgreich werden sie nur, wenn weltweit alle Nationen ihre Ziele teilen. Das zu erreichen ist das Ziel der deutschen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat. Zweifel mögen bleiben, ob das in zwei Jahren erreichbar ist.

Klaus Prömpers (1949) war zunächst Moderator und Reporter beim Deutschlandfunk und wechselte 1989 als Redakteur in das Bonner ZDF-Studio, war danach sicherheitspolitischer Experte im ZDF-Studio Brüssel. 2005 folgte der Wechsel als Korrespondent ins ZDF-Studio Wien, dessen Leitung er 2008 übernahm. Anschließend leitete er ab Juli 2011 – 2014 das ZDF-Studio in New York. Im Ruhestand ist er heute für verschiedene Medien, darunter Deutsche Welle TV, tätig.

11. Juni 2018

Stefan Jürgens

Priestersein heute

Priestersein ist ein Traumberuf. Das kann ich nach fast 25 Jahren immer noch sagen. Und zwar aus voller Überzeugung. Ich kann nämlich voll und ganz nach meinem Gewissen handeln. Und genau das tun, was ich für richtig und für wichtig halte.

Ich bin 1994 zum Priester geweiht worden. Mittlerweile hat sich viel geändert in Gesellschaft und Kirche. Deshalb ist es mir heute viel wichtiger, wer ich bin als Christ. Ich bin ein Christ, der eben auch ein Amt hat. Ich bin mehr Verkünder einer Botschaft als Vertreter einer Institution, mehr Christ in der Welt als Priester in der Kirche.

Am besten, ich fange mal ganz von vorne an: Ich habe meinen Glauben geerbt, habe in Familie und Gemeinde mitgemacht, was andere vorgemacht haben. Das Interesse an Theologie und die Entscheidung für Jesus Christus kamen erst mit dem Studium. Die Theologie hat meinen Glauben kräftig geläutert. Obwohl sie nicht viel mehr zu bieten hat als Sprechversuche von einem großen Geheimnis. Von einem Geheimnis aber, das mir in Jesus Christus sehr nahegekommen ist. Sinecure wollte ich Priester werden und möchte es bleiben, solange ich lebe.

In den ersten Berufsjahren als Kaplan war alles ganz einfach: eine lebendige Gemeinde in Gestalt von sehr aktiven und selbstbewussten Christinnen und Christen. Ich fühlte mich getragen. Wenn das so geblieben wäre, dann wäre Priestersein ein Traumberuf ohne Wenn und Aber. Gottesdienst und Predigt, Seelsorge und Gespräch erfüllen mich bis heute mit innerer Zufriedenheit. Das alles mache ich sehr gerne.

Doch nach drei Jahren kam die erste Ernüchterung. Da habe ich gemerkt: Wenn du nicht für dich selber sorgst, tut es keiner. In Kirchenkreisen ist nämlich gar nicht so wichtig, wer etwas kann, sondern wer wen kennt. Das ist typisch für monarchische und autoritäre Systeme, also auch für das System Kirche. Damals schlich sich eine gewisse Resignation in die stärker werdende Routine ein. Ich wurde Jugendseelsorger und dann Rektor einer Akademie und eines Exerzitienhauses. Nach einigen Jahren bot sich eine größere Pfarrstelle an, auf die ich mich spontan beworben habe. Dort war ich schnell zu Hause, es war traumhaft schön. Wenn auch nicht mehr alle zum Gottesdienst kamen, so gab es doch eine große Nähe zu fast allen. Und mit einem großen und kompetenten Seelsorgeteam ist man niemals allein.

Mittendrin die Enttäuschung: Traditionsabbruch, Gemeindefusion, Denkverbote. Alles in allem scheint mir: Wir sind als Kirche auf der Flucht vor der Postmoderne. Wir ziehen uns zusehends zurück und werden zur frommen Sekte. Statt das Amt für neue Zugangswege zu öffnen, ist ein neuer Klerikalismus entstanden, der offiziell gefördert wird. Die so genannte Amtskirche entfernt sich von den Menschen, ihre Vertreter sind ohne Zweifel fromm und freundlich, aber nicht fähig zum Dialog mit der modernen Welt.

Der Zölibat ist ein Thema ohne Ende. Für die Gemeinden ist er faktisch bedeutungslos, sie wünschen sich gute Seelsorgerinnen und Seelsorger, unabhängig von der Lebensform. Die Gründe für den Zölibat sind theologisch nicht mehr haltbar. Man kann ihn noch geistlich sehen: als Zeichen der Jesus-Nachfolge oder als Zeichen für die Liebe Gottes, die immer größer ist. Ich halte es für

besser, den Zölibat freizustellen. Und noch mehr: Ich halte ihn für eine der strukturellen Sünden der Kirche. Und, um noch einen draufzusetzen: Ich glaube, dass die so genannte Amtskirche sich hier dem Wirken des Heiligen Geistes hartnäckig widersetzt. Warum ich hier so scharf werde? Weil auch der Priesterangel zu den Zeichen der Zeit gehört, durch die wir Gottes Willen erkennen sollen. Aber es geschieht nichts. Die Kirche wird sehenden Auges fromm vor die Wand gefahren. Und dabei wird der Zölibat nur von sehr wenigen als Charisma begriffen; die meisten nehmen ihn nur in Kauf, weil sie Interesse am Priesterberuf haben. Dennoch glaube ich nicht, dass der Zölibat in absehbarer Zeit freigestellt wird. Das liegt nicht nur an der weltkirchlichen Ungleichzeitigkeit. Es liegt auch am völlig überhöhten, sakralisierten Priesterbild. Der Priester ist ja eigentlich nur Verkünder des Wortes und Darsteller Jesu Christi in den sakramentalen Handlungen. Aber das Priesterbild vieler Katholiken ist immer noch aufgeladen mit archaischen Vorstellungen, es verleiht dem Amtsträger eine Macht, auf die man offenbar nicht verzichten möchte. Es ist viel Magie im Priesterbild, Klerikalismus eben. Der Missbrauchsskandal hat gezeigt, wie schädlich und schändlich diese Überhöhung des Amtes ist, und was für katastrophale Folgen sie haben kann.

Die eigentliche Kirchenspaltung verläuft nicht zwischen den Konfessionen, auch nicht zwischen Laien und Priestern. Sondern zwischen Gemeinden und Bischöfen. Der Grund dafür ist sehr einfach: Wer in der Kirche Karriere machen möchte, muss sich schon als Student anpassen, im System bleiben. Oder sich rechtzeitig eine passende Meinung zulegen. Er muss ohne Zweifel fromm und fleißig sein, darf aber nichts in Frage stellen. Deshalb haben wir in höheren Ämtern fast nur Konservative, die etwas aus der Zeit gefallen sind und auch so auftreten. Das System bleibt in sich geschlossen, es kommt zu keiner Reform, weil es keine Reformer zulässt. Das hat bei mir dazu geführt, dass ich keine Erneuerung mehr erwarte, es ist zu spät. Man muss seinen eigenen Stil finden, glaubwürdig und mit einer kräftigen Portion Humor.

Theologisch sind wir nicht viel weitergekommen. Überhaupt hat die Theologie zurzeit für die Pastoral nur wenig zu bieten. Die Bistümer fragen vermehrt bei Unternehmensberatern an, nicht mehr bei Theologen, da diese häufig als zu kritisch und nicht systemimmanent gelten. Die Volksfrömmigkeit hat nach wie vor naive und magische Züge; einen fragenden, kritischen und dennoch verbindlichen Glauben finde ich nur selten. Viel häufiger wird Religion an den Rändern des Lebens genutzt, zum Beispiel die Rituale bei Geburt, Heirat und Tod. Also Taufe, Trauung und Beerdigung. Das ist ein pastoraler Dienst, der wichtig bleibt, aber nur ganz selten nachhaltig wird.

Außerdem haben wir ein riesiges Sprachproblem. Die liturgische Sprache ist floskelhaft, Predigten sind flach und anbiedernd oder pathetisch und frömmelnd. Selten wird es konkret. Stattdessen frommes Gelaber. Wer in der Liturgie mit anderen oder eigenen Worten betet, gilt als ungehorsam. Man könnte genauso gut wieder auf Latein beten, dann versteht wenigstens keiner etwas. Heute verstehen nur wenige einiges.

Was ist meine Identität heute? Wer bin ich als Gemeindepfarrer, jetzt, in der Mitte meines Lebens? Vielleicht Konkursverwalter? Manche sehen mich als Chef, als Dienstgeber vieler Angestellter. Das aber liegt allein an der Kirchensteuer, die vieles für sich hat, die aber auch dafür sorgt, dass wir ein riesiger Sozialkonzern geworden sind – auf ganz dünnen theologischen Beinchen.

In der öffentlichen Wahrnehmung bin ich häufig nur Repräsentant einer Institution, ich gehöre irgendwie zum gesellschaftlichen Leben dazu. Ich selbst aber fühle mich nach wie vor angesprochen von Jesus Christus, ich möchte mit ihm in der Welt leben, ihm in den Menschen begegnen und sie mit ihm bekannt machen. Kirche, das sind für mich die Menschen, die beten, wenn ich es nicht kann, und die glauben, während ich zweifle. Ich möchte Seelsorger sein in allen Lebenslagen, aber auch Theologe; denn nur der reflektierte Glaube wird auskunfts- und

zukunftsfähig sein. Ich glaube, dass Gott schon bei den Menschen ist, ich muss ihn da nicht erst hinbringen. Das entlastet.

Wichtig ist mir das regelmäßige Gebet, die Meditation. Und die Feier der Eucharistie. Daraus lebe ich, davon bin ich beseelt. Die Kirche wird kleiner werden und weniger Einfluss haben; sie wird mobiler werden mit weniger Immobilien. Sie wird glaubwürdiger, weil sie weniger Macht haben wird. Sie wird ansprechender sein, weil sie der frommen Worte überdrüssig ist. Priestersein heute geht nur um Jesu und der Menschen willen: dank, mit und manchmal auch trotz der Kirche.

Stefan Jürgens (1968) wurde 1994 zum Priester geweiht und ist seit 2016 Pfarrer der Kirchengemeinde Heilig Kreuz in Münster. Er war zunächst Kaplan und Jugendseelsorger, dann Geistlicher Rektor einer katholischen Akademie und Leiter eines Exerzitienhauses, anschließend zehn Jahre lang Pfarrer im ländlichen Raum, wo er durch sein offenes Wort und seinen Internet-Blog „Der Landpfarrer“ für Aufmerksamkeit sorgte. Vier Jahre lang war er Sprecher beim „Wort zum Sonntag“ in der ARD, bis heute ist er regelmäßig im WDR zu hören. Er selbst nennt sich gerne einen „Spielmann Gottes“, da er auch musiziert und vieles in der Kirche mit Humor sieht. Davon liest man auch in seinem neuen Blog „Kreuzschnabel“.

12. Juni 2018

Ruprecht Polenz

Gedanken zum „historischen“ Trump/Kim-Gipfel

Am 12. Juni 2018 haben sich der amerikanischen Präsidenten Donald Trump und dem nordkoreanischen Diktator Kim Jong Un in Singapur getroffen. Ein paar Gedanken zu dem Treffen - einem Gipfel, der möglicherweise aus ganz anderen Gründen historisch genannt werden wird:

1. Kim hat Trump keinerlei Zusage gemacht, deren Einhaltung überprüfbar wäre. Als Gegenleistung wurde er diplomatisch aufgewertet, weil es Trump vor allem auf die „historischen Bilder“ ankam.
2. Trump hat im Grunde NICHTS bekommen. Trotzdem stoppt er die gemeinsamen Seemanöver mit Südkorea.
3. Die beiden konkretesten Textpassagen der Gipfelerklärung belegen diese Einschätzung: „Präsident Trump verpflichtete sich, der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) Sicherheitsgarantien zu geben, und der Vorsitzende Kim Jong Un bekräftigte seine feste und unerschütterliche Verpflichtung, die Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel abzuschließen.“
4. Das Wort „abzuschließen“ deutet darauf hin, dass Trump davon ausgeht, Nordkorea habe mit der Denuklearisierung bereits angefangen. Außerdem lässt es sich so verstehen, dass Kim den letzten Schritt machen soll, nachdem die USA ihre nuklearen Sicherheitsgarantien für Südkorea zurückgezogen haben.
5. „In Bestätigung der Panmunjom-Erklärung vom 27. April 2018 verpflichtet sich die DVRK, auf eine vollständige Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel hinzuwirken.“
6. „Hinzuwirken“ kann auch heißen, die Amerikaner zum schrittweisen Rückzug ihrer nuklearen Kapazitäten aufzufordern - als Vorleistung für eigene, nordkoreanische Abrüstungsschritte.
7. Über Menschenrechte wurde mit Kim nicht gesprochen, obwohl Trump das Abkommen mit Iran auch deshalb für den „schlechtesten deal ever“ hielt, weil zu Menschenrechten nichts drin steht.
8. Kim kann über die gelenkte Presse in seinem Land die Erwartungen an Fortschritte steuern und für Probleme die USA verantwortlich machen.
9. Trump und Südkorea haben einen Erwartungsdruck aufgebaut, der sie wesentlich stärker trifft als die andere Seite. Das verschlechtert die eigene Verhandlungsposition.
10. Von einem Abkommen mit Nordkorea, das auch nur annähernd so viel Sicherheit gegen Atomwaffen und Proliferation schafft, wie das Nuklearabkommen der E3+3 mit Iran gebracht hat, ist Trump viele Meilen entfernt.

Meine Sorge: Trump stellt die Bilder, um sich der Welt als Friedensbringer zu präsentieren. Gleichzeitig verschärft er den Kurs gegenüber Iran in dem Kalkül, eine Eskalation werde man ihm nicht anlasten. Schließlich zeige Nordkorea, dass bei gutem Willen (den Iran nicht habe), Frieden möglich sei. In Wirklichkeit ist für Frieden und Stabilität auf der koreanischen Halbinsel noch kaum etwas gewonnen. Möglicherweise im Gegenteil nur eine Stärkung Nordkoreas.

Ruprecht Polenz (1946) war von 1994 bis 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages und dort zuletzt von 2005 – 2013 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschuss.

Die Gipfelerklärung vom 12. Juni 2018 im Wortlaut:

„Präsident Donald J. Trump aus den Vereinigten Staaten von Amerika und der Vorsitzende Kim Jong Un von der Kommission für Staatsangelegenheiten der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) haben am 12. Juni 2018 in Singapur einen ersten, historischen Gipfel abgehalten.

Präsident Trump und der Vorsitzende Kim Jong Un führten einen umfassenden, eingehenden und aufrichtigen Meinungs austausch über die Fragen im Zusammenhang mit der Einrichtung neuer Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Demokratischen Volksrepublik Korea sowie dem Aufbau eines dauerhaften und robusten Friedensregimes auf der koreanischen Halbinsel. Präsident Trump verpflichtete sich, der DVRK Sicherheitsgarantien zu geben, und der Vorsitzende Kim Jong Un bekräftigte seine feste und unerschütterliche Verpflichtung, die Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel abzuschließen.

Überzeugt davon, dass die Schaffung neuer Beziehungen zwischen den USA und der DVRK zum Frieden und Wohlstand der koreanischen Halbinsel und der Welt beitragen wird und dass gegenseitige Vertrauensbildung die Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel fördern kann, erklären Präsident Trump und der Vorsitzende Kim Jong Un Folgendes:

- 1. Die Vereinigten Staaten und die DVRK verpflichten sich, neue Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Demokratischen Volksrepublik Korea zu schaffen im Einklang mit dem Wunsch der Völker beider Länder nach Frieden und Wohlstand.*
- 2. Die Vereinigten Staaten und die Demokratische Volksrepublik Korea werden gemeinsame Bemühungen einsetzen zur Schaffung eines dauerhaften und stabilen Friedensregimes auf der koreanischen Halbinsel.*
- 3. In Bestätigung der Panmunjom-Erklärung vom 27. April 2018 verpflichtet sich die DVRK, auf eine vollständige Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel hinzuarbeiten.*
- 4. Die Vereinigten Staaten und die DVRK verpflichten sich, die sterblichen Überreste der Kriegsgefangenen und Vermissten zurückzuführen, einschließlich der sofortigen Repatriierung derer, die bereits identifiziert wurden.*

In Anerkennung, dass das Gipfeltreffen zwischen den USA und der DVRK - das erste in der Geschichte - ein epochales Ereignis von großer Bedeutung war, das die jahrzehntelangen Spannungen und Feindseligkeiten zwischen den beiden Ländern überwindet und eine neue Zukunft öffnet, verpflichten sich Präsident Trump und der Vorsitzende Kim Jong Un, die Bestimmungen in dieser gemeinsamen Erklärung vollständig und zügig umzusetzen. Die Vereinigten Staaten und die DVRK verpflichten sich, zum frühestmöglichen Zeitpunkt von US-Außenminister Mike Pompeo und einem hochrangigen DVRK-Beamten geleitete Folgeverhandlungen zur Umsetzung der Ergebnisse des US-DVRK-Gipfels abzuhalten.

Präsident Donald J. Trump aus den Vereinigten Staaten von Amerika und der Vorsitzende Kim Jong Un von der Kommission für Staatsangelegenheiten der Demokratischen Volksrepublik Korea haben sich dazu verpflichtet bei der Entwicklung neuer Beziehungen zwischen den USA und der DVRK sowie bei der Förderung von Frieden, Wohlstand und Sicherheit der koreanischen Halbinsel und der Welt zusammenzuarbeiten.“

18. Juni 2018

Norbert Lammert

Religion und säkulare Gesellschaft

Dass wir heute in Zeiten und in Gesellschaften leben, die wir als säkular bezeichnen, ist regelmäßig mit dem weit verbreiteten Missverständnis verbunden, der Preis der Moderne sei der Verzicht auf Religion - was schon deswegen nachweislich falsch ist, weil es statistisch gesehen noch nie so viele Menschen auf diesem Globus gegeben hat, die sich einer Religionsgemeinschaft zugehörig fühlen. Dabei ist zugegebenermaßen der geringste Bekenntnis-Zuwachs in Europa zu verzeichnen, was das Missverständnis beinahe schon erklärt.

Auch jenseits der Zahlen, die für sich sprechen, ist in den Gesellschaften der fundamentale Zusammenhang zwischen ihrem Selbstverständnis, ihrer inneren Stabilität und ihren grundlegenden Orientierungen und Überzeugungen, die es gibt oder eben nicht gibt, schwerlich zu übersehen und kaum zu bestreiten. Jürgen Habermas, der sich selbst als einen religiös unmusikalischen Menschen bezeichnet, hat dazu in einer seiner zahlreichen Schriften und Reden zur Verfassung moderner Gesellschaften festgehalten: „Religiöse Glaubensüberlieferungen und religiöse Glaubensgemeinschaften haben seit der Zeitenwende von 1989/90 eine neue und bis dahin nicht erwartete politische Bedeutung gewonnen“.

Wieviel Religion erträgt eine moderne aufgeklärte Gesellschaft? Und wieviel Religion braucht ein moderner demokratischer Staat? Beide Fragen lassen sich nach meiner Überzeugung nicht unabhängig voneinander beantworten.

Ich will mit dem Hinweis beginnen, dass Politik und Religion zwei offenkundig unterschiedliche, aber jeweils bedeutende, formell oder informell mächtige, rechtlich oder faktisch bindende Gestaltungsansprüche gegenüber unterschiedlichen Gesellschaften sind. Schon deswegen können Politik und Religion einander nicht gleichgültig sein, und sie sind gewiss nicht identisch. Wenn man nach dem jeweiligen Kern von Religion und Politik fragt, könnte die Antwort lauten: Religionen handeln von Wahrheiten, Politik von Interessen. Interessen sind nicht wahrheitsfähig und Wahrheiten sind nicht mehrheitsfähig. Das allein stellt sicher, dass sich Politik und Religion mit ihren jeweiligen Gestaltungsansprüchen stets in einem unaufhebbaren Spannungsverhältnis befinden.

Es wäre spannend auch der Frage nachzugehen, ob nicht auch in Religionen, jedenfalls in Kirchen, was ja nicht ganz dasselbe ist, Mehrheitsabstimmungen über relevante Sachverhalte vorstellbar sind. Hier mag der Hinweis genügen, dass ich den Umstand, dass die katholische Kirche ihr Oberhaupt regelmäßig durch Wahlen ermittelt, für eine der wichtigsten Stützen meines Glaubens an die Institution Kirche halte, weshalb sich mir übrigens bis heute nicht erschließt, warum das für die Benennung von Bischöfen nicht auch möglich sein soll.

Hinzuweisen ist noch auf ein anderes weit verbreitetes Missverständnis in modernen demokratischen Gesellschaften hin: Jeweilige Mehrheiten nehmen das bloße Vorhandensein der Mehrheit in einer Abstimmungsfrage bereits für den Nachweis der Richtigkeit ihrer Meinung – was schon rein logisch nicht nachvollziehbar ist, denn hätte man die Richtigkeit dieser Meinung bereits nachweisen können, hätte die Abstimmung darüber erst gar nicht stattfinden müssen. Wer sich an Abstimmungen beteiligt, räumt ein, dass er nicht über Wahrheiten verfügt, sondern über Anliegen, Auffassungen und Interessen, und der Fortschritt der Zivilisation besteht ganz sicher darin, dass wir die Legitimität dieser unterschiedlichen Anliegen, Auffassungen und Interessen als

selbstverständliche Grundlage unseres Zusammenlebens akzeptieren.

Oder mit Blick auf die Reformationgeschichte gesprochen: Erst die Einsicht in die Aussichtslosigkeit einer abschließenden Beantwortbarkeit der Wahrheitsfrage hat im Gang der Geschichte die moderne Demokratie möglich gemacht. Wüssten wir, was wahr ist, bräuchten wir die Demokratie mit ihren Abstimmungsverfahren nicht. Wir bräuchten dann allerdings verlässliche Verwalter ewiger Wahrheiten, die wir glücklicher oder unglücklicher Weise nicht haben.

Die Vorstellung, moderne Gesellschaften bräuchten Religionen nicht, ist, wie zu Beginn erwähnt, empirisch widerlegt. Jedenfalls brauchen die meisten Menschen offenkundig ein System von Orientierungen, das in einer immer komplizierteren Welt Halt ermöglicht. Dass im Übrigen Gesellschaften nicht durch Märkte zusammengehalten werden und schon gar nicht durch Geld, spricht sich inzwischen doch herum, und bei genauem Hinsehen führt auch kein Weg an der Einsicht vorbei, dass auch Politik eine Gesellschaft nicht zusammenhält, schon gar nicht alleine.

Denn das Regelsystem der Politik entfaltet seine Plausibilität erst aus Kontexten, die ihrerseits nicht politischen, sondern kulturellen Ursprungs sind. Das, was eine Gesellschaft im Inneren zusammenhält, ist Kultur - Kultur nicht im engeren Sinne von Kunst und Kultur verstanden, sondern Kultur verstanden als die Summe der Erfahrungen, die eine Gesellschaft mit sich selbst gemacht hat: in einer gemeinsamen Sprache, mit gemeinsamer Geschichte, gemeinsamen Traditionen, gemeinsamen Überzeugungen, die von einer Generation zur nächsten übermittelt werden und von deren Geltung man überzeugt ist.

Wenn es ein solches Mindestmaß an Gemeinsamkeiten in einer Gesellschaft nicht mehr gibt, hält sie auch nichts mehr zusammen. Religion ist dabei die mit Abstand wichtigste einzelne Agentur zur Vermittlung solcher Orientierungen und Überzeugungen. Es gibt in der Menschheitsgeschichte dafür keine vergleichbare und auch nur annähernd wirkmächtigere Einflussgröße.

Dass sich in der Geschichte erst vergleichsweise spät ein Verständnis der notwendigen Trennung von Politik und Religion, von Staat und Kirche entwickelt hat, gehört zu der komplizierten Einsicht, die zum einen immer wieder das Missverständnis erzeugt, Politik habe mit Religion nichts zu tun und zum anderen den Umstand verkennt, dass es genau diese Trennung von Religion und Politik ohne die religiös vermittelte Überzeugung von der Gottesebenbildlichkeit des Menschen gar nicht geben würde.

Norbert Lammert (1948) gehörte 1980 – 2017 dem Deutschen Bundestag an und war 2005 – 2017 dessen Präsident. Von 1989 – 1998 war er Parlamentarischer Staatssekretär in den Bundesministerien für Bildung und Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr und danach bis 2002 kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. 2002 wurde er Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Seit Anfang 2018 ist er Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, deren zuvor seit 2001 war. Norbert Lammert ist Mitherausgeber von kreuz-und-quer.de

4. Juni 2018

Volker Kregel

Verbraucherschutz als Zukunftsaufgabe

Verbraucherschutz ist der Umweltschutz des 21. Jahrhunderts. Stand in den vergangenen rund 25 Jahren vor allem die Verbesserung von Luft-, Wasser- und Bodenqualität neben dem immer noch alles überwölbenden Thema Klimaschutz im Fokus, wird es im nächsten Vierteljahrhundert in erster Linie um einen umfassenderen Schutz der Ernährungsgrundlagen und der Konsumenten gehen. Im Vordergrund steht dabei die Lebensmittelsicherheit. Das resultiert nicht zuletzt aus den tatsächlichen oder vermeintlichen Skandalen der letzten Jahre. Die BSE-Krise war eine echte Lebensmittelkrise. Bei Fipronil in Eiern mussten eher Zweifel bestehen, inwieweit die Schadstoffe über die Nahrungskette relevant die Menschen belasten konnten. Im Rahmen der EHEC-Pandemie 2011 stand die Versorgung der erkrankten Menschen im Vordergrund.

So machen Lebensmittel, die belastet oder unappetitlich, falsch deklariert oder etikettiert, denkwürdig erzeugt, gezogen oder verarbeitet sind, immer wieder Schlagzeilen. Ob Würmer in Fischen, ob gentechnisch veränderte Pollen im Honig oder Antibiotika in der Geflügelzucht. Zumeist beschäftigen sie dann einige Tage, Wochen oder Monate die Medien und die Öffentlichkeit. Nicht selten werden dadurch politische Diskussionen und Prozesse ausgelöst. Zuweilen wird mit neuen oder verschärften Rechtsvorschriften und höhergeschraubten Vollzugsanforderungen und -maßnahmen reagiert. Der Ruf nach mehr Kontrolle ist regelhaft. Von Zeit zu Zeit entsteht für eine kurze Periode aus aktuellem Anlass sogar eine Debatte über die Konsumgewohnheiten. Jedoch: nie war die Lebensmittelsicherheit bei uns höher als heute.

Der Warenverkehr ist grenzüberschreitend, ja global. Das gilt auch für die Produkte, die bei uns auf dem Teller landen. Mit der Globalisierung wird es für die Menschen zugleich immer schwerer, den Überblick auf dem Teller zu bewahren. Aus welchem Land, aus welcher Region stammen die Lebensmittel (tatsächlich), wie und unter welchen Bedingungen wurden sie erzeugt und verarbeitet? Zudem verstärkt sich durch den zunehmenden Trend zum Internethandel die Entwicklung, dass Nahrungsmittel beim Kauf nicht einmal mehr in Augenschein genommen werden können.

Bei Lebensmitteln als eine der Existenzgrundlagen sind die Befindlichkeiten der Verbraucher naturgemäß am stärksten ausgeprägt. Hier geht es um Geschmack und Wohlbefinden, um Förderung und Schutz von Gesundheit, im Extremfall gar um den Schutz des menschlichen Lebens. Nicht minder bedeutend ist die Verbrauchersicherheit bei Non-Food-Produkten, wie etwa Kinderspielzeug. Andere Sektoren des Verbraucherschutzes hingegen können sehr wohl sozial existenzrelevant sein. Sie sind mit der Überschrift des „Wirtschaftlichen Verbraucherschutzes“ zu versehen.

Insbesondere im Zusammenhang mit der Finanz- und Bankenkrise 2008 zeigte sich die Fragilität so mancher privater Geldanlage, die nicht zuletzt für die eigene Alterssicherung gedacht war. Die Entwicklungen auf dem Kapitalmarkt wirken auch noch dergestalt fort, als dass die Zinssätze für Lebensversicherungen nicht die erhofften Erträge erbringen. So zeigen sich Verbraucher allein schon auf diesen Feldern machtlos den wirtschaftlichen „Naturgewalten“ ausgeliefert. Nicht minder hilflos stehen die Menschen zahllosen Geschäften und Vertragsabschlüssen gegenüber, die über Medien wie das Telefon eingefädelt oder über das Internet abgewickelt werden. Hier wirken sich Überraschungseffekte sowie mangelnde Überschaubarkeit bzw. Nachlesbarkeit aus. Und mit Blick auf die rasante Fortentwicklung im Bereich der neuen Medien scheint hier erst der zaghafte Beginn

eines Trends erkennbar zu sein.

Um den aufgezeigten, berechtigten Ansprüchen gerecht werden zu können, muss eine zukunftsorientierte Verbraucherpolitik vorausschauend, verlässlich, berechenbar und Konjunktur unabhängig ausgestaltet werden. Dies ist letzten Endes nur zu erreichen, wenn die Politik nach klaren Regeln verläuft und sich an allgemein gültigen Prinzipien orientiert. Damit sind dann die Maßstäbe für Rechtsetzungen, Maßnahmen und Politikalltag gesetzt. Und sie bilden eine Basis für Verbraucher, Wirtschaftsakteure und politisch Handelnde zugleich.

A. Vorsorgeprinzip

Verbraucherpolitik darf sich nicht auf die Gefahrenabwehr beschränken. Vorausschauende und vorsorgende Verbraucherpolitik muss darüber hinausgehen sowie Entwicklungen antizipieren. Der abstrakte Begriff des Vorsorgeprinzips ist selbstredend situativ zu konkretisieren. So ist auch zu erfassen, was jenseits des Gefahrenbegriffs vor allem des allgemeinen Polizeirechts liegt. Dabei stellt das Polizeirecht auf eine Entwicklung mit Schadenseintritt mit einer definiert anzunehmenden Wahrscheinlichkeit ab.

B. Transparenzprinzip

Üblicherweise weiß der Erzeuger oder Vertreiber eines Produkts wesentlich mehr über dessen Eigenschaften und Qualität als die Käuferin bzw. der Käufer. Für Letztere ist es schwer bis unmöglich, bilateral, etwa bei Vertragsschluss, die gewünschten Informationen vom Anbieter zu bekommen, zumal mit Blick auf den üblichen Zeitablauf. Somit ist der Staat gefordert, die Asymmetrie des Informationsstandes zu beseitigen. Er muss einseitige Verpflichtungen zu Lasten des Informationsinhabers und zu Gunsten des Konsumenten schaffen.

C. Kooperationsprinzip

Je frühzeitiger die gesellschaftlichen Kräfte an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden, umso zielgerichteter, intelligenter und wirkungsvoller können die Maßnahmen erfolgen. Durch die Kooperation verstärkt sich der notwendige Teilhabeprozess in unserem demokratischen System. Hiervon profitieren Verbraucherinnen und Verbraucher, Wirtschaftsakteure und letztlich auch die verbraucherpolitisch Handelnden. Wirkungsgrad und Akzeptanz der Verbraucherpolitik steigen. Reagiert die Verbraucherpolitik nicht nur anlassbezogen, sondern stellt sie sich wie die Umweltpolitik an Hand von Prinzipien auf, dann wird der Verbraucherschutz der Zukunftsaufgabe gerecht.

Dr. Volker Kregel (1957) leitet als Senatsdirektor die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz der Freien und Hansestadt Hamburg; und ist Vorsitzender des Länderausschusses für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik (LASI) sowie der Nationalen Arbeitsschutzkonferenz (NAK). In den Jahren 2000 bis 2010 arbeitete er als kommunaler Dezernent im Rheinland, ab 2003 in Bonn, wo er 2007 Stadtdirektor wurde. Von 1990 bis zum Jahr 2000 war er im Bundesumweltministerium tätig.